

April 2013 – Nr. 1 – 16. Jahrgang  
Avril 2013 – No. 1 – 16<sup>ème</sup> année  
Aprile 2013 – No. 1 – 16° anno



# PARLAMENT PARLEMENT PARLAMENTO

Mitteilungsblatt der Schweizerischen  
Gesellschaft für Parlamentsfragen

Bulletin d'information de la Société suisse  
pour les questions parlementaires

Bollettino d'informazione della Società  
svizzera per le questioni parlamentari



## SCHWERPUNKT – LE THÈME – IL TEMA

Was bedeutet parlamentarischer Anstand?  
Qu'est-ce que la bienséance parlementaire?

## MITTEILUNGEN – NOUVELLES

Kanton Nidwalden, Canton de Valais, Kanton Aargau



<b>Editorial: Was bedeutet parlamentarischer Anstand</b>	Seite 3
<b>Schwerpunkt – Le thème – Il tema</b> <b>Was bedeutet parlamentarischer Anstand</b> <b>Qu'est-ce que la bienséance parlementaire?</b>	
Hansjörg Dürst: Parlamentarischer Anstand im Glarner Landrat	Seite 4
Thomas Dähler: Ein Parlament ist keine Schulklasse	Seite 6
Fabien Mangilli: La bienséance parlementaire: Aperçu du droit disciplinaire parlementaire à Genève	Seite 8
Georg Wanner: Vom St. Galler Parlamentsanstand	Seite 10
Bernhard Egg: Parlamentarischer Anstand: Regelung im Kanton Zürich	Seite 13
Andreas Blaser: Was bedeutet parlamentarischer Anstand: Erläuterung anhand von zwei Beispielen	Seite 14
Willy Nägeli: Parlamentarischer Anstand: Kein Fremdwort im Kanton Thurgau	Seite 16
<b>Mitteilungen – Nouvelles</b>	
Geheime Abstimmungen gehören im Nidwaldner Landrat der Vergangenheit an	Seite 17
Les clefs du Grand Conseil valaisan sans papier	Seite 18
Gerichte im Kanton Aargau: selbständig verwaltet	Seite 19
<b>Forum der Parlamentsdienste 2013 – Forum des services parlementaires 2013</b>	Seite 20
<b>Jahresversammlung 2013 – Assemblée annuelle 2013 – Assemblea annuale 2013</b>	Seite 22
<b>Korrespondenten – Correspondents – Corrispondenti</b> <b>Vorstand SGP</b>	Seite 25

**Für weitere Informationen (frühere Ausgaben dieses Heftes. Links auf kantonale und kommunale Parlamente):**  
**<http://www.sgp-ssp.net>**  
**Pour de plus amples informations (éditions antérieures du bulletin, liens aux sites des parlements cantonaux et communaux): <http://www.sgp-ssp.net>**

---

## IMPRESSUM

Das Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erscheint 3 mal jährlich und wird durch die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen herausgegeben.  
Sekretär der Gesellschaft: Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Tel. 043 259 20 07  
Sekretariat und Vertrieb: Sekretariat SPK, Parlamentsdienste, 3003 Bern, Tel. 031 322 99 44  
Redaktion: Ruth Lüthi, Parlamentsdienste, 3003 Bern, Tel. 031 322 98 04  
Produktion: Paul Bütetiger AG, Solothurnstrasse 57, 4562 Biberist  
Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 31. Juli 2013.  
Die von den Autorinnen und Autoren vertretenen Meinungen müssen sich mit denjenigen der Redaktion nicht decken.  
Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.  
Mitteilungen können direkt an die Redaktion gesandt werden, vorzugsweise per E-Mail ([ruth.luethi@parl.admin.ch](mailto:ruth.luethi@parl.admin.ch)).

Le bulletin d'information SSP paraît 3 fois l'an et est publié par la Société suisse pour les questions parlementaires.  
Secrétaire de la Société: Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Tél. 043 259 20 07  
Secrétariat et distribution: Secrétariat CIP, Services du Parlement, 3003 Bern, Tél. 031 322 99 44  
Rédaction: Ruth Lüthi, Services du Parlement, Tél. 031 322 98 04  
Production: Paul Bütetiger AG, Solothurnstrasse 57, 4562 Biberist  
Délai rédactionnel du prochain numéro: 31 juillet 2013.  
Les avis exprimés par les auteurs sont de leur seule responsabilité et ne reflètent pas nécessairement celles de la rédaction.  
Les nouvelles peuvent être transmises directement à la rédaction, si possible par voie électronique ([ruth.luethi@parl.admin.ch](mailto:ruth.luethi@parl.admin.ch)).

Il bollettino d'informazione SSP viene pubblicato 3 volte all'anno dalla Società svizzera per le questioni parlamentari (SSP).  
Segretario della Società: Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Tel. 043 259 20 07  
Segretariato e distribuzione: Segretariato CIP, Servizi del Parlamento, 3003 Berna, Tel. 031 322 99 44  
Redazione: Ruth Lüthi, Servizi del Parlamento, Tel. 031 322 98 04  
Produzione: Paul Bütetiger AG, Solothurnstrasse 57, 4562 Biberist  
Termine redazionale della prossima edizione: 31 luglio 2013.  
Le opinioni espresse dagli autori non collimano necessariamente con quelle della redazione. Gli autori sono responsabili delle loro opinioni.  
Le informazioni possono essere trasmesse direttamente alla redazione, possibilmente per e-mail ([ruth.luethi@parl.admin.ch](mailto:ruth.luethi@parl.admin.ch)).



## Was bedeutet parlamentarischer Anstand?

Der Umgangston im Alltag ist rauer geworden. Rücksichtsloses und aggressives Verhalten auf Strassen, Gemeindebehörden, die von ihren Klienten bedroht werden, Kommentare auf Onlineportalen an der Grenze des Zulässigen, Politiker, die angepöbelt werden. Auch in der Schweiz hat sich das Klima verändert. In der Politik hat es harte Auseinandersetzungen zwar immer gegeben, und auch der Ton war nicht immer zimperlich. Die Vehemenz von Debatten im deutschen Bundestag oder in der französischen Nationalversammlung erreichen die parlamentarischen Debatten in der Schweiz aber selten. Während Handgreiflichkeiten unter Parlamentariern in einigen Ländern keine Ausnahmeerscheinung sind, ist man sich einig, dass es bei uns nicht soweit kommen darf. Dennoch: Das Gefühl für «*So etwas tut man nicht*» riskiert auch bei uns verloren zu gehen, weniger im Ratsbetrieb selber als generell bei Äusserungen über politische Gegner.

*Persönlicher* Anstand kann erlernt, jedoch nicht reglementiert werden. Für den politischen Anstand können auf Prinzipien des Anstands beruhende Regeln gesetzlich festgelegt und zur Geltung gebracht werden. Dies haben die Eidgenössischen Räte in ihren Ratsreglementen getan. Gemäss Art. 34 GRS und Art. 39 GRN kann das Präsidium Sitzungsteilnehmer zur Ordnung rufen, wenn sie sich beleidigend äussern oder durch ihr Verhalten die Ratsverhandlungen stören. Der präsidiale Ordnungsruf findet sich häufig auch in Geschäftsordnungen kantonaler Parlamente. So bestimmt etwas § 21 der Geschäftsordnung des Grossen Rates Basel-Stadt, dass, wer sich in beleidigender Weise äussert oder die Verhandlungen stört, vom Präsidium zur Ordnung zu rufen ist. Oder nach § 14 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Zürcher Kantonsrats wird ein Mitglied des Kantonsrats zur Ordnung gerufen, wenn es den parlamentarischen Anstand, insbesondere durch beleidigende Äusserungen verletzt. Hier wird der Begriff «parlamentarischer Anstand» also rechtlich verwendet und näher umschrieben durch «insbesondere beleidigende Äusserungen.» Ähnliche Formulierungen finden sich in den Geschäftsordnungen und -reglementen anderer Kantone. Gar eine eigene Bestimmung unter dem Titel «Parlamentarischer Anstand» (§ 25) findet sich in der Geschäftsordnung des Kantonsrates Luzern. Danach haben sich die Mitglieder an die Regeln des parlamentarischen An-

standes zu halten und beleidigende und verletzend Äusserungen zu vermeiden. Im Ständerat wird der Anstand auf Benimmregeln bezüglich der Kleidung erweitert. Gemäss Art. 33 GRS haben die im Rat anwesenden Personen «schickliche Kleidung» zu tragen. Der Ständerat ist allerdings nicht der einzige Rat mit Kleidervorschriften. Art. 74 der Geschäftsordnung des Landrats des Kantons Uri verlangt, dass die Ratsmitglieder zur konstituierenden Sitzung in festlicher und zu den übrigen Sitzungen in gepflegter Kleidung zu erscheinen haben. Was «festlich» und «gepflegt» bedeutet, wird offen gelassen.

Als Quintessenz bleibt die Erkenntnis, dass unter dem Begriff «parlamentarischer Anstand» in erster Linie verstanden wird, dass sich Ratsmitglieder nicht beleidigend äussern sollen. Den Präsidien kommt hier die Aufgabe zu, über die Einhaltung zu wachen und allenfalls zur Ordnung zu rufen. Wenn das Präsidium die Pflicht hat, bei beleidigenden Äusserungen oder Störungen der Verhandlungen zur Ordnung zu rufen, dann muss es entscheiden, wann eine solche Äusserung oder Störung vorliegt.

Als Nationalratspräsident habe ich die Linie verfolgt, nur als ultima ratio einzugreifen. Ich kann die Fälle an einer Hand abzählen. Durch den Rat zum Ausdruck gebrachte Empörung reicht in der Regel und weist Anstandslose in die Schranken. Jedes Präsidium muss seinen Weg finden. Im Nationalrat muss oft zu Ruhe aufgerufen werden, im Ständerat kommt dies ganz selten vor. Die informellen parlamentarischen Verhaltenscodices sind ohnehin weit wichtiger als formale Regeln: In der ersten Session verzichtet man auf Wortmeldungen, das Sieden in Kommissionssitzungen und im Plenum ist ein Muss, im Nationalrat werden in Kommissionssitzungen in der Regel Sitzordnungen eingehalten. Bei den informellen Regeln zeigen sich auch Unterschiede in den Ratskulturen. Im Ständerat ist der Lärmpegel deutlich tiefer als im Nationalrat, Laptops sind verpönt, man spricht im eigenen Namen oder im Namen seines Kantons und nie im Namen seiner Partei. Diese Regeln zu verletzen, wäre keine Verletzung dessen, was gemeinhin unter Anstand verstanden wird. Im Effekt sind sie indessen viel rigider als die normativen Vorgaben. Wer sie nicht befolgt, hat ein Problem der Akzeptanz, was sich wiederum auf den Erfolg der politischen Arbeit auswirkt.

Insgesamt halte ich dafür, dass, wer sich beleidigend äussert und den Anstand verletzt, gemassregelt wird. Dadurch hat die

se Person im Parlament und bei der öffentlichen Wahrnehmung ein Problem. Die Verletzung informeller Regeln erschwert die Ausübung des politischen Mandats gleichermassen, nicht zuletzt wegen der Gruppendynamik, die in jedem Gremium spielt.

Claude Janiak  
Ständerat Basel-Landschaft  
Nationalratspräsident 2006





# Parlamentarischer Anstand im Glarner Landrat

Hansjörg Dürst, Ratsschreiber Glarus

## Einleitung

Der Glarner Landrat wird bei Besuchen von befreundeten Parlamentsbüros oft als sehr diszipliniert und geordnet beschrieben. Dies ist tatsächlich so, hängt aber auch mit institutionellen Sonderstellungen des Glarner Parlaments zusammen:

- Der Landrat ist nicht die oberste legislative Behörde des Kantons. Da Glarus (zusammen mit Appenzell Innerrhoden) als einziger Kanton noch die Landsgemeinde kennt, welcher die oberste legislative Gewalt zukommt, ist er quasi ein «Parlament unter Vorbehalt». Dementsprechend ist auch nicht der Landratspräsident, sondern der Landammann als Leiter der Landsgemeinde der höchste Repräsentant des Kantons.
- Das Glarner Parlament kennt kein System fester Sessionen, sondern es wird bei Bedarf einberufen. So finden die zehn bis zwölf jährlichen Landratssitzungen zwar verteilt über das ganze Jahr, aber mit klarem Schwerpunkt in den Wintermonaten statt.
- Dies hängt wieder mit der Landsgemeinde zusammen: In den Wintermonaten müssen schwerpunktmässig alle Geschäfte für die Landsgemeinde in den ständigen Kommissionen und im Plenum vorberaten und bereinigt werden. Hier besteht ein gewisser Zeitdruck, müssen sie doch für die Landsgemeinde bis spätestens Ende Februar fertig beraten sein, damit das «Memorial» als umfassende Sammlung aller Landgemeindetraktanden (nebst der Staatsrechnung) rechtzeitig gedruckt und verteilt werden kann.

## Verhalten im Landrat

Wie sich ein Parlamentarier (aber auch die Regierungsräte, das Sekretariat, die Presse und die Besuchenden) im Glarner Landrat zu verhalten hat, ist in Artikel 73 der Landratsverordnung (LRV) geregelt:

### Verhalten

<sup>1</sup> Die Mitglieder sollen sich bei den Verhandlungen der Würde des Rates entsprechend verhalten und dies auch durch schickliche Kleidung zum Ausdruck bringen.

<sup>2</sup> Die Mitglieder des Landrates sind gehalten, sich in die Aufsichts- und Sachaufgaben einzuarbeiten. Das Büro entscheidet auf Antrag des Kommissionspräsidenten über Kostenbeteiligungen für Aus- und Weiterbildung.

## Allgemeines Verhalten

Von einem Landratsmitglied wird Teilnahme an den Sitzungen der ständigen Kommissionen oder im Plenum erwartet; bei begründeter Abwesenheit hat er sich rechtzeitig beim zuständigen Präsidium zu entschuldigen (Art. 72 LRV).

Bei Anwesenheit wird nicht nur physische Anwesenheit, sondern auch Aufmerksamkeit und Wertschätzung gegenüber Kolleginnen und Kollegen erwartet. Dies bedeutet dauernde Anwesenheit im Saal, kein Zeitunglesen während der Sitzung, keine störenden Gespräche untereinander während der Verhandlungen, kein privater Laptop oder Tablet-Gebrauch. Überhaupt ist alles zu unterlassen, was einen geordneten Ratsbetrieb stört. Kürzlich hat der Präsident des Landrates wieder an diese Grundregeln erinnert und den Landrat ermahnt, insbesondere das Zeitunglesen (als Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Rednerinnen und Rednern) während der Beratungen zu unterlassen.

Daher kennt der Glarner Landrat auch keinen störenden Lärmpegel wie andere Parlamente, sei es durch ein Kommen und Gehen von Mitgliedern, durch störende Gespräche oder gar «Hechtsprünge» von Mitgliedern bei Abstimmungen an ihren Platz.

## Meinungsbildung

In der Meinungsbildung wird Selbstständigkeit statt Parteidisziplin vorausgesetzt. So kommt es, wenn leider etwas seltener als früher, immer wieder zu von den Parolenfassungen abweichenden Voten oder Abstimmungen. Das Allgemeine steht in der Regel über dem Einzelinteresse, es wird Kompromissbereitschaft statt Sturheit erwartet, Mehrheitsentscheide werden mitgetragen.

## Beratungen

Wünscht ein Parlamentsmitglied das Wort, hat es sich durch Handaufheben beim Präsidium zu melden. Kein Mitglied kann sich mehr als zweimal zum gleichen Gegenstand äussern, ausser der Berichterstatter einer Kommission (Art. 94 LRV). Das Wort erteilt das Präsidium. Bei unbestrittenen Geschäften verzichten die Fraktionen meist auf entsprechende «Bestätigungsvoten».

Von einem Landratsmitglied wird angemessene Sprache, keine Ausfälle oder Beschimpfungen von Kolleginnen und Kollegen, Regierungsratsmitgliedern oder Dritten erwartet. Zudem sind keine weitschweifigen oder unsachlichen Voten zu halten. Hält es dies nicht ein, wird es durch das Präsidium zuerst zur Sache gerufen (Art. Art. 96 LRV). Hält es sich weiter nicht daran oder wird gar ein beleidigendes Votum gehalten, ruft das Präsidium zur Ordnung oder entzieht gar das Wort (Art. 97 LRV).

Der Glarner Landrat ist tolerant und aufmerksam; hier wirkt die lange Landsgemeinde-Tradition nach, die ebenfalls Disziplin voraussetzt und auch heute noch gelebt wird. Man hört einander zu, selbst wenn man politisch völlig anderer Meinung ist. Wagt sich ein Mitglied mit einem Votum gar weit aus dem Fenster, kommt die Reaktion meist postwendend. Aufrufe zur Sachlichkeit oder gar zur Ordnung sind äusserst selten und kommen nach Auffassung des Berichterstatters an der Landsgemeinde häufiger als im Landrat vor.

Die sehr disziplinierten Beratungen hängen einerseits mit diesen Regeln und Traditionen, andererseits mit der Gestaltung der Beratungen zusammen. Sie beginnen um 08.00 Uhr und dauern in der Regel nur einen vollen Morgen. Sie werden durch eine halbstündige Pause unterbrochen, was die Aufmerksamkeit bei den eigentlichen Beratungen stärkt. Da der Landratssaal (noch) über keine Mikrofonanlage verfügt, ist man auch gezwungen, aufmerksam zuzuhören.

## Vorstösse

Diskussionen mit der Regierung ergaben sich in letzter Zeit zu parlamentarischen Vorstössen. Im Glarnerland ist die Zahl der hängigen Vorstösse – im Gegensatz zu einigen anderen Parlamenten – überschaubar, weil inhaltliche Relevanz von Vorstössen und keine Stimmungsmache erwartet wird. Wenig geschätzt werden auch Abschreibeuübungen von anderen Kantonen. Der Regierungsrat weiss, dass Vorstösse zu einem funktionierenden Parlamentsbetrieb gehören, gerade auch im Vorfeld von Wahlen. Bei gewissen Vorstössen hätte ein Telefon mit dem Departementsvorstehenden ausgereicht. Dies wird vor dem Hintergrund der Forderung nach Effizienz von Regierung, Verwaltung und Parlamentsdiensten in letzter Zeit häufiger mo-



niert. Die Regierung pflegt als Reaktion auf solche «einfachen Anfragen» (wir kennen dieses Instrument nicht) dann sehr kurz und knapp zu antworten, auch auf «Stimmungsmache»-Vorstösse.

### *Kleidung*

Sogar der Kleidung ist in der Landratsverordnung eine Vorschrift gewidmet. Von einem Landrat wird Hose und Jacket mit oder ohne Krawatte, bei einer Landrätin entsprechende Kleidung erwartet, also um bei Dresscodes zu bleiben, zumindest Smart Casual. Schon vor einigen Jahren hat man sich, wenn teils auch schweren Herzens, vom Krawattenzwang verabschiedet, ohne dass der Ratsbetrieb deswegen zusammengebrochen wäre. Trotzdem erscheinen die meisten Herren immer noch mit Krawatte zur Landratssitzung. Tenüerleichterung in den Sommermonaten verfügt das Ratspräsidium.

Verpönt sind nach wie vor T-Shirts, Kapuzenpullis, Schirmmützen oder Ähnliches. Verstösse dagegen werden via zuständiges Büromitglied mündlich moniert. Ein junger Journalist mit «Dächlikappe» wurde einmal via Weibel ermahnt. Gerade jetzt beharrt ein jüngeres Ratsmitglied wieder auf seinem Dresscode (Kapuzenpulli), was sowohl im Büro als auch im Landrat zu entsprechenden Missfallenskundgebungen geführt hat. Letztlich gilt zwar «Leben und leben lassen», wobei sich aber ein Mitglied, das gegen diese Kleidervorschriften verstösst, sich bewusst sein muss, dass es auf Dauer schwieriger sein dürfte, sich im Rat Gehör zu verschaffen. Ausgeschlossen aus dem Landrat wurde es aber bis heute noch nicht.

### **Schlussbemerkungen**

Der Ratsbetrieb im Glarner Landrat ist im Vergleich zu anderen Parlamenten geordneter und disziplinierter. Dies hängt jedoch nicht nur mit dem eher nüchternen und unaufgeregten Glarner Naturell zusammen, sondern auch stark mit der Stellung des Glarner Landrats als quasi nur vorberatendes Organ der Landsgemeinde. Das neue Parlamentssystem mit ständigen Kommissionen hat diesen Trend verstärkt, die Beratungen laufen noch formalisierter als früher ab. Ob dies ein Vor- oder ein Nachteil ist, sei dem Urteil des Lesers überlassen.





# Ein Parlament ist keine Schulklasse

Thomas Dähler, Leiter Parlamentsdienst Basel-Stadt

**Diskussionen um die Sitten und Gebräuche in Parlamenten sind ein Dauerbrenner, seit es Parlamente gibt. Die Frage, welchen Stellenwert der sogenannte «parlamentarische Anstand» einnehmen soll, hängt eng mit dem Selbstverständnis oder der «Kultur» eines Parlamentes zusammen. Der Auftrag der Verfassung an das Parlament, die Ressourcen und die Methoden machen die parlamentarische Kultur aus. Sie könnte – selbst zwischen Genfersee und Bodensee – kaum unterschiedlicher sein.**

## Parlamentarische Kultur

«Parlament» kommt von «sprechen» (parler, parlare). Böse Zungen behaupten gar, dass das Wort «Parlament» aus den Wörtern «parlare» (sprechen) und «mentire» (lügen) zusammengesetzt sei. Diese Behauptung hält sich hartnäckig, ist aber etymologisch nachweislich falsch.

Andere Länder kennen für ihre Volksvertretung auch andere Bezeichnungen. In Russland heisst das Parlament «Duma». Das Verb «dumat» (думать) heisst aber «denken». Nur: wenn alle denken und niemand darüber spricht, nützt auch beharrliches Denken nichts. Denken vor dem Sprechen schadet nichts. Aber dann sollte sich das Denken nicht im Umgruppieren von Vorurteilen erschöpfen.

Parlamente in aller Welt, welche sich hauptsächlich als Organe zur Unterstützung der Staatsleitung verstehen, also quasi als wohlwollendes und mehrheitsbildendes Gremium zugunsten der Regierung, neigen eher dazu, sich in Inhalt und Form der Arbeit diszipliniert zu geben. So diszipliniert, dass jeder Primarlehrer seine Freude daran hat und nach einem Besuch auf der Zuschauertribüne seiner Schulklasse die Disziplin im Parlament als Vorbild unter die Nase reiben kann.

Parlamente dagegen, welche sich ihrer Rolle als erste Gewalt im Staat bewusst sind, eignen sich in der Regel weniger dazu, in punkto äusserlich erkennbarer Disziplin eine Vorbildfunktion einzunehmen.

«Sprechen» als Hauptzweck eines Parlamentes kann nicht heissen, dass Einer oder Eine spricht und 99 still zuhören. Sprechen ist gegenseitig. Selbst in der Bildung hat es sich in den letzten hundert Jahren eingebürgert, dass die Wissensvermittlung nicht nur einseitig läuft. Es ist erwiesen, dass auf der Basis von Lerngesprächen bessere Ergebnisse erzielt werden als im «Frontalunterricht».

Ähnlich verhält es sich in Parlamenten. Die öffentliche Debatte im Plenum prägt den Meinungsbildungsprozess vielfach nur marginal, während die politischen Diskussionen in Fraktionen, in Kommissionen und im «Vorzimmer» des Parlamentssaals eher ausschlaggebend sind. Das bedingt auch, dass man sich während den Debatten zu einem bilateralen Gespräch in die Wandelhalle oder die Parlamentskantine zurückziehen kann und dabei das Risiko eingeht, dass die Besucher auf der Zuschauertribüne angesichts der Leere im Saal ernüchternde Eindrücke gewinnen.

## Fließende Grenzen des parlamentarischen Anstandes

Absolut unbestritten ist, dass in einem Parlament physische Gewalt nichts zu suchen hat. Das Mittel der Auseinandersetzung ist die Gewalt des Wortes und allenfalls der Körpersprache.

Zwar sind Beleidigungen und Beschimpfungen verpönt und werden meistens durch das Präsidium gerügt. Allerdings ist die Abgrenzung zwischen unzulässigen Beleidigungen und statthaften persönlichen Angriffen vielfach eine Frage der Interpretation. Die Grenzen des parlamentarischen Anstandes sind daher fließend. Wer auf dieser Tastatur – scharf an der Grenze des gerade noch Zulässigen – gekonnt zu spielen weiss, kann rhetorisch eine erhebliche Wirkung erzielen und dabei vielleicht inhaltliche Defizite kompensieren. Selbst die bewusste Inkaufnahme eines präsidialen Ordnungsrufes kann zum Instrumentarium der Rhetorik gehören. Mit verbaler Provokation kann allenfalls die grössere Wirkung erzielt werden, als mit inhaltlich genauer, juristisch korrekter, aber monoton vorgetragener Vermittlung von Fakten. Ein persönlicher Angriff richtet sich meistens nicht gegen die angegriffene Person, sondern zielt auf das Abstimmungsverhalten der übrigen Anwesenden. Dass provozierte Adressaten empfindlicher auf angebliche «Beleidigungen» reagieren, als das amüsierte Ratsplenum, liegt auf der Hand. Aber das gehört zum Spiel.

## Beschränkter Einfluss des Ratspräsidiums

In der Regel hat das Ratspräsidium die Aufgabe, Grenzüberschreitungen zu ahnden und fehlbare Mitglieder zu rügen. Ge-

rade in den schweizerischen Parlamenten mit jährlich wechselnden Ratspräsidien kann sich dazu meist keine genaue und kontinuierliche Linie herausbilden. Zudem haben Ratspräsidien keinen pädagogischen Auftrag zu erfüllen.

Auch die Effizienz eines Parlamentes ist nur bedingt zu steuern. Abgesehen davon, dass die Effizienz nicht die oberste Maxime eines Parlamentes ist, hat das Ratspräsidium – im Gegensatz zum Firmenchef oder zum Kompaniekommandanten – kaum ein Druckmittel zur Hand, um die Disziplin sicherzustellen. Mit den Kolleginnen und Kollegen führt das Ratspräsidium vor der Wahl keine Bewerbungsgespräche. Sie werden ihm vom Volk geschickt und das Präsidium hat sich mit dem «Personal» zu arrangieren.

Ein Blick in die Live-Übertragungen aus deutschen Landtagen zeigt, dass – selbst im katholischen Bayern mit einem breit abgestützten Autoritätsglauben (getreu Römerbrief, Kap. 13) – in der Debatte oft die Fetzen fliegen und man sich nichts schuldig bleibt. Und dies, ohne dass ein strenger Sittenwächter auf dem präsidialen Stuhl andauernd zur Ordnung ruft. Die Kultur in den deutschen Parlamenten mit ihren bipolaren politischen Verhältnissen ist zwar nur bedingt auf schweizerische Verhältnisse übertragbar. Dennoch kann eine Belebung der Auseinandersetzung – zum Beispiel durch die Einführung von Zwischenfragen – auch den schweizerischen Parlamenten nicht schaden. Die meisten der im Nationalrat oder im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gestellten Zwischenfragen dienen denn auch kaum der Vertiefung des Themas, sondern der rhetorischen Demontage des Vorredners.

Es gibt in der Schweiz aber auch Parlamente – vorwiegend in den kleineren Kantonen der alten achtörtigen Eidgenossenschaft – mit einer strengen Disziplin. Dort wird selbst verhaltenes Gelächter vom Präsidium (oder vom gestrengen Landschreiber) mit einem strafenden Blick gerügt. Ob die übertriebene Selbstdisziplin im Parlament für die politische Kultur ein Gewinn ist, darf dagegen bezweifelt werden.

## Sogenannt unnötige Vorstösse

Gelegentlich wird, nicht zuletzt durch die Exekutive, die Einreichung «unnötiger» Vorstösse als Verletzung des parlamentarischen Anstandes reklamiert.



Zugegeben: nicht jeder parlamentarische Vorstoss ist geeignet, dem Staatswesen einen entscheidenden Impuls zu geben. Aber das Einreichen von eigenen Vorstössen und damit das Einbringen von Themen in die permanente Auseinandersetzung über die Gestaltung des Staates und seiner Aktivitäten ist ein unabdingbares Instrument der Volksvertretung.

Anfragen und Interpellationen als Instrumente der parlamentarischen Oberaufsicht sind bei der Exekutive aus achtbaren Gründen meist nicht besonders beliebt. Aber sie sind Bestandteil der demokratischen Aufsicht des Volkes und seiner Vertreter über die Arbeit der Obrigkeit. Der oft gehörte Einwand, diese oder jene Frage hätte man auch mit einem Telefon an die Verwaltung beantwortet erhalten, mag sogar richtig sein. Eine politische Wirkung kann jedoch mit einem privaten bilateralen Telefongespräch nicht erzielt werden. Eine öffentliche Antwort auf eine öffentlich gestellte Frage wird dagegen einen gewissen Druck erzeugen. Auf diese Wirkung kommt es an und es ist das Privileg gewählter Vertreterinnen und Vertreter des Volkes, öffentlich kritische Fragen zu stellen.

Und wenn dann wirklich einmal objektiv unnötige Vorstösse eingereicht werden, kann die Exekutive auch ungestraft mit entsprechend originellen Antworten aufwarten...

## Fazit

Die da und dort immer wieder aufflackern- de künstliche Aufregung regierungsnaher Kreise um den zunehmenden Zerfall parlamentarischer Sitten und Gebräuche ist unnötig. Dass parlamentarische Prozesse die wichtige Arbeit der Exekutive nicht immer kritiklos unterstützen oder gar beschleunigen, ist unbestritten. Aber es gehört zur Systempflege der demokratischen Institutionen und zu einem demokratischen Staatswesen, dass das Parlament eine andere Rolle einzunehmen hat als die Regierung. Und mit der Verletzung des parlamentarischen Anstandes haben diese unterschiedlichen Auffassungen nichts zu tun. Ein Parlament ist keine Schulklasse, sondern ein Instrument zur demokratischen Mehrheitsfindung in einem lebendigen Staatswesen. Da darf es auch mal undiszipliniert zugehen.



# La bienséance parlementaire: Aperçu du droit disciplinaire parlementaire à Genève

Fabien Mangilli, Secrétaire scientifique de commissions, Grand Conseil de la République et canton de Genève

La loi portant règlement du Grand Conseil (ci-après LRG) contient un certain nombre de dispositions relatives aux devoirs des députés en matière de bienséance, afin de garantir, dans le cadre de l'activité parlementaire, une «conduite sociale en rapport avec les usages»<sup>1</sup>. La mise en œuvre de ces règles relève tout d'abord de la police de séance, mais une modification de la LRG, entrée en vigueur le 12 avril 2011, a conduit à un développement important du système<sup>2</sup>. En particulier, cette révision a mis en place un régime de sanctions disciplinaires, pouvant conduire jusqu'à l'exclusion du député pour six mois au plus des commissions dont il est membre<sup>3</sup>. Depuis leur entrée en vigueur, ces nouvelles dispositions ont été appliquées à l'égard de trois députés.

Cette contribution abordera dans un premier temps les obligations des députés en matière de bienséance. Elle présentera dans un second temps le régime des sanctions<sup>4</sup>.

## Les devoirs des députés en matière de bienséance

Les règles concernant la bienséance sont dispersées dans la LRG et ne forment pas un corps homogène. Il n'existe pas non plus de norme générale expresse imposant aux députés un comportement respectueux dans l'exercice de l'activité parlementaires. Ces principes de base semblent toutefois être contenus implicitement dans le serment du député, qui

oblige à adopter un comportement digne de la confiance attribuée par le peuple<sup>5</sup>. En outre, chaque séance est ouverte à Genève par l'exhortation, prononcée par le président, aux termes de la laquelle les députés prennent notamment la résolution de remplir consciencieusement leur mandat<sup>6</sup>. On peut donc en déduire qu'il existe une forme d'obligation générale de se comporter avec civilité dans l'exercice de la fonction de député.

A côté de ces principes implicites, la LRG prévoit expressément plusieurs obligations:

- Les échanges avec les personnes placées aux tribunes (public et journaliste) sont interdits<sup>7</sup>.
- Les députés doivent se lever pour parler, sauf dérogation spéciale du président<sup>8</sup>.
- L'orateur ne doit adresser la parole qu'au président, à l'assemblée ou au Conseil d'Etat<sup>9</sup>. En d'autres termes, les députés n'ont pas le droit de s'interpeller directement. En pratique, cette obligation n'est pas toujours respectée et il arrive que la présidence rappelle aux députés qu'ils doivent s'adresser à elle.

Enfin, la LRG formule a contrario un certain nombre d'obligations de bienséance, par l'énumération de comportements susceptibles de conduire à un rappel à l'ordre, voire à des sanctions. Aux termes de l'article 90 LRG, il est ainsi interdit de violer le règlement, de proférer des menaces à l'égard d'une ou de plusieurs

personnes, de prononcer des paroles portant atteinte à l'honneur ou à la considération, d'employer une expression méprisante ou outrageante et de troubler la délibération.

## Les sanctions de la violation des devoirs des députés en matière de bienséance

La violation des obligations en matière de bienséance peut conduire à des mesures de police de séance, prises par la présidence ou le Bureau. La première d'entre elles est le rappel à l'ordre du député<sup>10</sup>, qui peut également être sollicité par un autre membre du Grand Conseil, par le biais de la demande au Bureau de faire appliquer le règlement<sup>11</sup>.

Si le député rappelé à l'ordre persiste à troubler la séance, il peut en être exclu de tout ou partie. La personne est alors invitée à quitter la salle, au besoin avec l'aide de la force publique, après suspension de la séance<sup>12</sup>. Le cas s'est produit le 5 décembre 2008, le Bureau du Grand Conseil ayant décidé d'expulser trois députés jusqu'à la fin de la séance, notamment pour des propos inconvenants tenus devant l'assemblée<sup>13</sup>. Auparavant, le président avait procédé à un certain nombre de rappels à l'ordre et avait sollicité des excuses de deux des trois députés concernés. La séance avait ensuite été suspendue une dizaine de minutes et l'exclusion des trois députés prononcée à sa reprise.

<sup>1</sup> Le Petit Robert, dictionnaire de la langue française, ad Bienséance.

<sup>2</sup> Loi 10672 du 10 février 2011, faisant suite à un projet de loi déposé par plusieurs députés. L'ensemble des documents et le Mémorial des débats sont accessibles à l'adresse <http://www.ge.ch/grandconseil/moteurPdf.asp?typeObj=PL&numObj=10672>.

<sup>3</sup> Toute désignation de personne, de statut ou de fonction dans la présente contribution vise indifféremment l'homme ou la femme.

<sup>4</sup> La présente contribution se limitera aux règles spécifiques du droit disciplinaire parlementaire, sans aborder les règles de droit commun, par exemple celles relevant du droit pénal.

<sup>5</sup> Cette position a été soutenue par le Bureau du Grand Conseil lors de deux procédures disciplinaires contre des députés. La Chambre administrative de la Cour de justice genevoise a toutefois laissé la question ouverte dans les deux cas (arrêt du 30 juillet 2012 dans la cause Eric Stauffer contre Grand Conseil et Bureau du Grand Conseil, ATA/450/2012, consid. 12 et arrêt du 30 juillet 2012 dans la cause Henry Rappaz contre Grand Conseil et Bureau du Grand Conseil, ATA/451/2012, consid. 12). Quant au Tribunal fédéral, il a retenu dans un cas que le serment du député contient des devoirs (arrêt du 15 février 2013 dans la cause Henry Rappaz contre Grand Conseil, 1C\_466/2012, consid. 2.2) et dans l'autre que «les membres du parlement sont [...] tenus de se comporter avec un minimum de civilité quels que soient les usages locaux» (arrêt du 14 février 2013 dans la cause Eric Stauffer contre Grand Conseil et Bureau du Grand Conseil, 1C\_468/2012, consid. 2.2).

<sup>6</sup> Art. 13 LRG. La formule complète de l'exhortation, écoutée debout par les députés et le public, est la suivante: «Mesdames et Messieurs les députés, Prenons la résolution de remplir consciencieusement notre mandat et de faire servir nos travaux au bien de la patrie qui nous a confié ses destinées.».

<sup>7</sup> Art. 89 LRG. Cette obligation s'adresse également aux conseillers d'Etat ou aux fonctionnaires présents dans la salle.

<sup>8</sup> Art. 70 al. 1 LRG.

<sup>9</sup> Art. 70 al. 2 LRG.

<sup>10</sup> Art. 90 LRG.

<sup>11</sup> Art. 79A LRG, prévoyant qu'un député peut en tout temps interrompre le débat pour inviter le bureau à faire appliquer le règlement.

<sup>12</sup> Art. 91 LRG.

<sup>13</sup> Mémorial des séances du Grand Conseil de la République et canton de Genève [En ligne], Séance 10 du 05.12.2008 à 20h30, disponible sur [http://www.ge.ch/grandconseil/memorial/data/560402/10/560402\\_10\\_complete.asp](http://www.ge.ch/grandconseil/memorial/data/560402/10/560402_10_complete.asp).





Il semble admis que les décisions relevant de la police de séance ne constituent pas des sanctions susceptibles d'ouvrir une voie de recours, car elles concernent directement l'organisation interne du parlement<sup>14</sup>. A côté de ces mesures de nature immédiate, un système de sanctions disciplinaires a été institué depuis le 12 avril 2011. Celui-ci est plus large et ne se limite pas aux séances ou aux événements pouvant survenir en marges de celles-ci. L'article 32B LRG prévoit que le Bureau peut prononcer un blâme ou exclure un député des commissions dont il est membre pour une durée de six mois au plus, en cas de violation du règlement, de non-respect d'une injonction du Bureau ou de violation du secret de fonction. Ces sanctions sont de nature administrative et ne préjugent ainsi pas d'éventuelles autres mesures, relevant par exemple du droit pénal en cas de violation du secret de fonction ou d'atteinte à l'honneur.

Lorsqu'il se prononce, le Bureau respecte les garanties de procédure, en particulier le droit d'être entendu, car les droits et obligations du député sont susceptibles d'être touchés. Pour fixer la mesure, l'ensemble des éléments du cas sont pris en considération, notamment la gravité des faits reprochés et les antécédents du député dans le cadre de son activité parlementaire.

Une voie d'opposition contre la décision du Bureau est ouverte auprès du Grand Conseil, lequel tranche à huis clos et sans débat après avoir entendu un membre du Bureau et le député concerné<sup>15</sup>. La décision du Grand Conseil peut faire l'objet d'un recours auprès de la Chambre administrative de la Cour de justice<sup>16</sup>, avant que le recours en matière de droit public soit ouvert au Tribunal fédéral<sup>17</sup>.

Depuis l'entrée en vigueur de ce nouveau dispositif, trois sanctions disciplinaires ont été prononcées:

- Un blâme a été infligé à un député pour des propos inadéquats à l'égard d'un autre député, notamment par l'allégation que celui-ci aurait été condamné par le Tribunal administratif<sup>18</sup>. Cette sanction n'a pas été contestée.

- Un député a été exclu des commissions dont il est membre pour une durée de cinq mois, pour avoir, durant la séance, jeté un verre d'eau en direction du député qui venait de tenir les propos relatés au point précédent. La sanction a dans un premier temps été contestée devant le plénum du Grand Conseil, qui l'a confirmée après avoir statué à huis clos. L'affaire a ensuite été portée sans succès devant la Chambre administrative de la Cour de justice<sup>19</sup>. Le député a ensuite saisi le Tribunal fédéral qui a rejeté son recours<sup>20</sup>.
- Un député a été exclu des commissions dont il est membre pour une durée de quatre mois pour avoir envoyé, depuis sa boîte de messagerie électronique officielle de député, un message contenant des termes inappropriés à une personne dont la grâce avait été refusée. Après avoir été confirmée par le Grand Conseil, la sanction a été contestée sans succès devant la Chambre administrative de la Cour de justice<sup>21</sup>. Le Tribunal fédéral a ensuite rejeté le recours formé par le député<sup>22</sup>.

## Conclusion

Les règles du droit parlementaire genevois en matière de bienséance se trouvent en plusieurs endroits de la LRG et n'en forment donc pas un chapitre particulier. A côté du serment du député, auquel s'ajoute l'exhortation avant chaque séance, il existe un certain nombre de prescriptions destinées à garantir la bonne tenue des débats et plus généralement la dignité de l'activité parlementaire. Celles-ci ne sont pas toujours respectées et il arrive que la présidence et le Bureau doivent faire usage des moyens offerts en matière de police de séance.

Il est toutefois apparu que ce système avait ses limites, ce qui a conduit à une révision de la LRG et à l'institution de sanctions disciplinaires. Celles-ci sont destinées à garantir de façon plus générale la bonne marche de l'activité parlementaire, en ne se limitant pas aux faits survenant en séance. Elles offrent également une palette de mesures plus diversifiées et censées être plus dissuasives.

<sup>14</sup> Projet de loi 10672 modifiant la LRG, p. 5 (<http://www.ge.ch/grandconseil/data/texte/PL10672.pdf>).

<sup>15</sup> Art. 32B al. 2 LRG.

<sup>16</sup> Arrêt de la Chambre administrative de la Cour de justice, du 30 juillet 2012, dans la cause Eric Stauffer contre Grand Conseil et Bureau du Grand Conseil, ATA/450/2012, consid. 1 à 7 et arrêt de la Chambre administrative de la Cour de justice, du 30 juillet 2012, dans la cause Henry Rappaz contre Grand Conseil et Bureau du Grand Conseil, ATA/451/2012, consid. 1 à 7.

<sup>17</sup> Arrêt du Tribunal fédéral, du 14 février 2013, dans la cause Eric Stauffer contre Grand Conseil et Bureau du Grand Conseil, 1C\_468/2012, consid. 1 et arrêt du Tribunal fédéral, du 15 février 2013, dans la cause Henry Rappaz contre Grand Conseil et Bureau du Grand Conseil, 1C\_466/2012, consid. 1.

<sup>18</sup> Mémorial des séances du Grand Conseil de la République et canton de Genève [En ligne], Séance 27 du 24.02.2012 à 20h30, disponible sur [http://www.ge.ch/grandconseil/memorial/data/570305/27/570305\\_27\\_complete.asp](http://www.ge.ch/grandconseil/memorial/data/570305/27/570305_27_complete.asp).

<sup>19</sup> Arrêt de la Chambre administrative du 30 juillet 2012, ATA/450/2012 (note 16).

<sup>20</sup> Arrêt du Tribunal fédéral du 14 février 2013, 1C\_468/2012 (note 17).

<sup>21</sup> Arrêt de la Chambre administrative du 30 juillet 2012, ATA/451/2012 (note 16).

<sup>22</sup> Arrêt du Tribunal fédéral du 14 février 2013, 1C\_466/2012 (note 17).



# Vom St. Galler Parlamentsanstand

Georg Wanner, Leiter des Ratsdienstes des Kantonsrates St. Gallen

## Vom Anstand überhaupt

Was Anstand ist, was sich gehört, wie man sich benimmt: Man weiss es, man nimmt es wahr, man fühlt es, man sieht es, man hört es. Insbesondere, wenn man es vom Gegenteil und von der Gegenseite her eingrenzt. Nämlich, was unanständig ist. Oder dokumentiert dies geradezu, dass man eigentlich nicht genau weiss, was Anstand ist, was anständig ist, was «Anstand» aber auch sein kann, nämlich Ärger, Knatsch, Schererei, Schwierigkeit, Stunk, Trouble, Unannehmlichkeit, Ungemach, Zoff?<sup>1</sup>

Anstand überhaupt ist die von einer Gesellschaft oder einem einzelnen Teil der Gesellschaft als Mass des zwischenmenschlichen Verhaltens von ihren Mitgliedern oder Gruppen erwartete Lebensart. Anstand konkretisiert sich in Normen für ein schickliches, jemandem gemässes, gesellschaftlichen (Moral-)Vorstellungen entsprechendes Verhalten bzw. die sich darin spiegelnde Gesinnung und Haltung. Anstand kann sich auf eine bestimmte Art und Form des äusseren Erscheinens, des Benehmens, des Auftretens beschränken, ohne dabei auf die gesellschaftliche Norm Bezug zu nehmen. So oder so: Die heute gesellschaftlich anerkannten Anstandsregeln als Verhaltensmassregeln unterliegen der laufenden Veränderung in der Zeit.

Damit ist aber die Unsicherheit «Was ist Anstand?» nicht beseitigt, sondern Konkretisierung ist gefragt. Abgehoben leuchten da Kultur, Lebensart, Etikette als Gesamtheit guter gesellschaftlicher Umgangsformen, Stil, eher antiquiert gute Sitten bis «Kinderstube» im Sinn von wohlgezogen auf. Eher die Persönlichkeit hinter dem Anstand typisieren Disziplin, Takt als Feingefühl für richtiges Verhalten im Umgang mit anderen Menschen, nahe dabei Gesinnung, Schicklichkeit, innere Korrektheit, Schliff bis neuzeitlich Fairness. Eher die äussere Wahrnehmung hinter dem Anstand charakterisieren Haltung und schickliches Verhalten, Gebaren, Benehmen, Betragen, Auftreten als Ausdruck und Erscheinung, neuzeitlich Fairplay, wenn man den Begriff weit fasst, bis hin zu Umgangsformen und Manieren, was auch als «Protokoll» bezeichnet wird.

Darf man sagen, dass Anstand im Kern Kultur beinhaltet und ist, um dann zur

Erkenntnis zu gelangen: Anstand manifestiert sich in einer Person in doppelter Hinsicht, in deren Gewichtung aber höchst unterschiedlich: Im Anstand *selbst* leben und mit Anstand *in der Gesellschaft* leben?

## Vom parlamentarischen Anstand

Was hebt den parlamentarischen Anstand vom Anstand überhaupt ab? Was kondensiert den Anstand zum parlamentarischen Anstand? Die Zufalls- und Schicksalsgemeinschaft des Parlamentes, der Kommissionen und der Fraktionen? Grösse und Zusammensetzung des Parlamentes und seiner Organe, deren Heterogenität nach örtlicher Herkunft, nach sozialer Provenienz, nach Alter, nach Geschlecht, nach Beruf und nach alltäglichem Umfeld? Nach Art und Grad, wie man sich kennt oder eben nicht kennt? Nach Häufigkeit und Dauer des in diesen Gremien Zusammentreffens und Zusammenseins, ob nur für das Sitzen und Parlieren oder auch für das Kommunizieren vorher und nachher?

Oder: Weil sich das Parlament und seine Fraktionen, zunehmend auch seine Kommissionen, im politischen Umfeld bewegen, handeln und agieren? Weil Parlamentarierinnen und Parlamentarier faktisch und primär politische Anliegen vertreten und durchsetzen? Weil die Vertretung politischer Interessen im Parlament und in den Kommissionen Lager bildet? Lager, die sich auch zwischen den Seiten des Parlamentes und der Regierung bilden können? Oder weil sich der Fokus vor allem im Parlament von der Ausrichtung «ad rem» der Ausrichtung «ad personam» zuwendet, je länger je deutlicher?

Sicher auch, weil schon die Kantonsverfassung dem Parlament eine andere Stellung, eine andere Funktion und andere Aufgaben im gewaltenteiligen Staat zuweist als der Regierung? Aber sicher auch, weil zwischen Parlament und Regierung Welten liegen, was Professionalität, Sachkompetenz, Themennähe und Themenvertrautheit, Permanenz und Konstanz in der Aufgabenerfüllung sowie Leitungs- und Führungserfahrung betrifft, ferner aber auch, was Support und Logistik angeht, die heute Parlament und Regierung geniessen?

Wohl all dies zusammen trägt dazu bei, den *parlamentarischen* Anstand typisieren zu können.

## Vom St. Galler Parlamentsanstand

### *Welche Norm heute gilt*

Das Geschäftsreglement des Kantonsrates aus dem Jahr 1979<sup>2</sup> umschreibt ein Verhaltensgebot der Mitglieder des Kantonsrates, bis heute in der Normierung unverändert:

### *Würdiges Verhalten*

Art.31. Die Mitglieder sollen sich bei den Verhandlungen der Würde des Rates entsprechend verhalten und dies auch durch angemessene Kleidung zum Ausdruck bringen.

### *Wie es zur Regelung kam<sup>3</sup>*

Wer Staub auf Büchern, wer Brosamen im Seitenschnitt solcher Bücher scheut, möge die Skizze überspringen, wie es im Kanton St. Gallen zur Regelung kam. Aber die Regelung des Kostüms, bereits im ersten Grossen Rat zu tragen, war schon Beigabe in die Krippe.

Napoleon Bonaparte setzte im Hornung 1803 seine Unterschrift u. a. unter die Verfassung des Kantons St. Gallen. Und schon am 27. Mai 1803 schlug der Kleine Rat dem Grossen Rat vor, sich selbst ein beliebiges Kostüm zu wählen. Auf Vorschlag einer Kommission (!) dekretierte sich der Grosse Rat am 23. Juni 1803, seine Amtskleidung soll sein: Ein dunkelblauer Rock mit gleichfarbigen Knöpfen, schwarze Unterkleider, ein dreieckiger Hut sowie Schuhe mit Schnallen und ein Degen. Im Mai 1813 bestätigte er seine Amtskleidung und hielt jedes Ratsmitglied «ohne Ausnahme» an, von jetzt an bei allen Versammlungen in dieser Amtskleidung zu erscheinen. Daran hielt auch das Geschäfts- und Polizei-reglement vom April 1815 fest.

Die Zeiten änderten sich, damit auch Einstellung und Haltung im Grossen Rat... und damit auch die Reglementsgebung. Schlicht jetzt das Reglement vom Juni 1831: Die Mitglieder des Grossen Rates erscheinen in der Versammlung mit schwarzer oder dunkelblauer Kleidung, im Jahr 1834 ergänzt um das Erscheinen mit Hut, aber

<sup>1</sup> Quellen beim Verfasser dieses Beitrags verfügbar.

<sup>2</sup> sGS 131.11.

<sup>3</sup> Quellen beim Verfasser dieses Beitrags verfügbar.



auch mit dem Büssen «dawiderhandelnder» Mitglieder mit 30 Franken je Sitzungstag, ab dem Jahr 1861 mit einer Beschränkung auf dunkle Kleidung und auf eine Busse von einem Franken. Ab dem Jahr 1868 dann relativ schlicht: Die Mitglieder des Grossen Rates erscheinen in der Versammlung in dunkler Kleidung, eine Fassung, welche die Revisionen im Jahr 1881, im Jahr 1886, im Jahr 1891, im Jahr 1905, im Jahr 1913, im Jahr 1922, im Jahr 1944 und im Jahr 1953 im Wesentlichen überdauerte. Vom festlichen Kostüm, von der Kopf- bis zur Zehenspitze normiert, bis zur dunklen Kleidung: der äusserlich wahrnehmbare Beitrag zum Verhalten im Parlament... und damit zum parlamentarischen Anstand.

Die so etwa ab dem Jahr 1976 anhebende Gesamtrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates knüpft an einem Aspekt an, den Vorgängerinnen nicht ausgewiesen haben: Am würdigen Verhalten. Die Mitglieder des Grossen Rates sollen sich bei den Verhandlungen der Würde des Rates entsprechend verhalten und diese Achtung auch durch angemessene Kleidung zum Ausdruck bringen, so Entwürfe aus den Jahren 1977 und 1978. Fürs Streichen der Bestimmung über das würdige Verhalten im Grossen Rat votierte ein Teil der Mitglieder der vorberatenden Kommission, weil eine solche Bestimmung zu konturenlos sei und deshalb nicht durchgesetzt werden könne. Würdiges Verhalten im Grossen Rat und dies durch entsprechende Kleidung zum Ausdruck zu bringen: Das zu einem reglementarischen Gebot zu machen, befürworteten andere Mitglieder der vorberatenden Kommission, weil damit eine Ausrichtung fixiert und eine Handhabe für die Ratsleitung bestehe, sollte sie einmal intervenieren müssen. Büro und Fraktionspräsidenten schlugen dem Grossen Rat im März 1978 folgende Formulierung des «Würdigen Verhaltens» vor:

«Die Mitglieder des Grossen Rates sollen sich bei den Verhandlungen der Würde des Rates entsprechend verhalten und diese Achtung auch durch angemessene Kleidung zum Ausdruck bringen.»<sup>4</sup>

Die vorberatende Kommission kommentierte den Entwurf wie folgt:

«Anstelle des bisher vorgeschriebenen dunklen Anzuges soll neu eine «angemessene Kleidung» vorgeschrieben sein. Da die Auffassungen über die Angemessenheit sehr verschieden sein können, wurde ein Antrag auf Streichung des ganzen Artikels gestellt. Da

aber gewisse Formvorschriften unerlässlich sind und die Würde des Parlamentes auch optisch zum Ausdruck kommen soll, wurde der Antrag grossmehrheitlich abgelehnt. Die im Entwurf vorgesehene Formulierung erlaubt es dem Ratspräsidium, allgemein und zu bestimmten Anlässen, wie z.B. zur Eröffnung der Amtsdauer, entsprechende Hinweise zu geben.»<sup>5</sup>

Die Würde des Rates steht jetzt im Zentrum. Achtung dieser Würde ist als Verhaltensgebot der Ratsmitglieder normiert. Und durch angemessene Kleidung bringt das Ratsmitglied seine Achtung der Würde des Rates zum Ausdruck.

*Wie der parlamentarische Anstand heute gehandhabt wird*

Zunächst spricht das Präsidium des Kantonsrates, allemal zuständig für die Auslegung des Geschäftsreglementes des Kantonsrates, für die Überwachung dessen Anwendung und für Vorschläge zu Verbesserungen von Organisation und Verfahren des Kantonsrates:

Zunächst zum parlamentarischen Anstand überhaupt, im Verhältnis zwischen Kantonsrat und Regierung, tel quel aber auf die parlamentsinternen Verhältnisse übertragbar (2010):

«Um im Staat weiterzukommen, um die Staatsziele zu erreichen und die Staatsaufgaben zu erfüllen, muss ein konstruktives und ergebnisorientiertes Zusammenwirken und Zusammenarbeiten des Kantonsrates einschliesslich dessen Organe und der Regierung dazukommen. Dafür bedarf es der gegenseitigen Anerkennung je der Stellung, der Aufgaben sowie der Funktions- und Amtsträgerinnen und -träger, die dahinterstehen, wie auch der Achtung und des Respekts, die im Verhalten ganz allgemein, aber auch in Ausdruck, Gebärde und Sprache zum Ausdruck kommen können. Mögen Haltung, Einstellung, Bewertung, Beurteilung usw. diametral auseinandergehen, in der Sache mag das zum Ausdruck kommen, sei es in der Ratsverhandlung, sei es in der Kommissionssitzung, die Art soll jedoch bedacht und anständig sein.»<sup>6</sup> Dem Präsidium ist am konstruktiven Zusammenwirken und Zusammenarbeiten des Kantonsrates und dessen Organe mit der Regierung mit Blick auf das *gemeinsame* Erreichen der Staatsziele und das *gemeinsame* Erfüllen der Staatsaufgaben sehr viel gelegen, weil das Gemeinsame dafür unerlässlich

ist, das je gesonderte Beschliessen bzw. Entscheiden in der eigenen Zuständigkeit selbstverständlich vorbehalten. Gleiches dürfen Kantonsrat und Präsidium auch von Seiten der Regierung erwarten. *Gegenseitiger Respekt und gegenseitige Rücksichtnahme* sind gefragt.»<sup>7</sup>

...zu Äusserungen im Kantonsrat, zu Debatten und Disputen (1994):

«Hatte sich das Präsidium bei früherer Gelegenheit aufgrund der Verpflichtung der Ratsmitglieder zu «würdigem Verhalten» (Art. 31 GRR) mit der «angemessenen Kleidung» zu befassen, war unter diesem Titel in jüngster Zeit zumindest in einem Fall eher die Tonlage der Äusserungen sowohl in mündlicher wie in schriftlicher Form zu beanstanden. Das reibungslose Zusammenspiel von Parlament, Regierung und Verwaltung setzt einen kaum in Rechtsnormen zu kleidenden Konsens über die gemeinsame *politische Kultur* voraus, der unter allen Umständen aufrecht zu erhalten ist. Auch die grösste Gegensätzlichkeit von Standpunkten kann bei Respektierung minimaler Formen auf einer sachlichen Ebene ausgetragen werden. Das Präsidium wird daher weiterhin auf die Pflege einer politischen Kultur achten, die von menschlichem Respekt und Ausrichtung auf die Sache getragen ist.»<sup>8</sup>

...und zum Gebot, das der Würde des Rates entsprechende Verhalten durch angemessene Kleidung zum Ausdruck zu bringen (1990):

«Nach Art. 31 GRR haben sich die Mitglieder bei den Verhandlungen der Würde des Rates entsprechend zu verhalten und dies auch durch angemessene Kleidung zum Ausdruck zu bringen. Das Präsidium sah sich veranlasst, einzelne Ratsmitglieder darauf aufmerksam zu machen, dass ihre Bekleidung nicht der richtigen Auslegung des Grossratsreglementes entspreche. Die angegangenen Ratsmitglieder haben indessen nur wenig Verständnis für Sinn und Notwendigkeit der Bestimmung wie auch ihrer Auslegung aufbringen können und sahen sich im wesentlichen nicht veranlasst, ihr Verhalten zu ändern. Vielmehr wurde dem Präsidium ein Antrag von dieser Seite unterbreitet, anlässlich der nächsten Reglementsrevision die Bekleidungs Vorschriften fallenzulassen. Bei der Prüfung dieser Frage hat das Präsidium feststellen müssen, dass ihm

<sup>4</sup> Quellen beim Verfasser dieses Beitrags verfügbar.

<sup>5</sup> Quellen beim Verfasser dieses Beitrags verfügbar.

<sup>6</sup> Fortiter in re, suaviter in modo («Hart in der Sache, milde in der Form»): Referenz aus und Kommentierung in «Der Neue Büchmann»/Geflügelte Worte/der klassische Zitatenschatz, bearbeitet und aktualisiert von Winfried Hofmann, Ullstein Buchverlage GmbH, München 2007, 371 f.

<sup>7</sup> Quellen beim Verfasser dieses Beitrags verfügbar.

<sup>8</sup> Quellen beim Verfasser dieses Beitrags verfügbar.





eine verhältnismässige Handhabe fehlt, um den geltenden Vorschriften des Ratsreglementes Nachdruck zu verschaffen. Es erscheint dem Präsidium auch nicht lohnend, viel Kraft für die Durchsetzung kultivierter Umgangsformen aufzuwenden, wenn nicht ausreichende Aussicht auf Erfolg der Anstrengung besteht. Davon abgesehen gelangt es auch zur Erkenntnis, dass im Bereich des gesellschaftlichen Verhaltens viele Regeln, die früher ohne weiteres beachtet worden sind, auch wenn sie keinen Eingang in die Rechtsordnung gefunden haben, heute in Frage gestellt werden. Wenn das Präsidium dennoch darauf verzichtet, eine Änderung der einschlägigen Vorschriften zu beantragen, so geschieht dies hauptsächlich aus der Überlegung heraus, dass mit der Streichung der Verhaltensvorschrift der unrichtige Eindruck entstehen könnte, es sei inskünftig dem einzelnen Ratsmitglied überlassen, in welchem Aufzug es zu erscheinen beliebe. Mit dem Festhalten an der Bestimmung von Art. 31 GRR soll daher zum Ausdruck gebracht werden, dass sich an den Erwartungen des Grossen Rates an das Verhalten seiner Mitglieder nicht geändert hat.»<sup>9</sup>

Bunt, sehr verschiedenartig, fern von Homogenität und so, wie der Plafonds des Kantonsratssaals auf den Kantonsrat herabschaut, präsentiert sich heute der parlamentarische Alltag. Und ein Ebenbild gibt heute der parlamentarische Anstand ab: Im Verhalten allgemein, im Votieren, Debattieren und Diskussionen, und wie die Ratsmitglieder der Würde des Rates durch die angepasste Kleidung Achtung verschaffen. In allen Schattierungen: Vom aufgeräumten Herumkontaktieren über das herzliche bis joviale sich Begegnen mit Küsschen-Küsschen, darunter aber auch das Routine-Grüssen und Nicken bis zum sich irgendwie gar nicht Wahrnehmen oder sich wenn möglich über eine andere Route des Kommens oder Gehens Ausweichen. Von der Sachlichkeit «in rem» bis zum gelegentlichen Schlängger «ad personam». Aber auch vom dunklen Anzug mit weissem oder hellblauen Hemd und abgestimmter Kravatte à la 1985 bis zum Pullover mit Protest-Button und zur Hose aus Schottencarré. Alles insgesamt aber in einer allgemein sicher tolerierten bis weit herum akzeptierten Bandbreite, ganz selten darüber hinaus... und dann in aller Regel individuell als «darüber hinaus» empfunden. Kaum je ein Wort dazu. Und die noch verfügbaren Grossrats- bzw. Kantonsratspräsidentinnen und -präsidenten

erinnern sich nicht, Ratsmitglieder wegen «Missachtung der Würde des Rates durch Fehlverhalten in Geste, Wort und Kleidung» je einmal ermahnt, verwahrt oder sogar gemassregelt haben zu müssen. Laisser faire, laisser passer? Allzu fern ist man da nicht... Und daraus könnte man ableiten: Glücklicherweise ein Parlament, das nicht auch noch dieses Problem – leben des parlamentarischen Anstandes – hat, ausser sein Schreiberling, der das Thema für einen Beitrag im Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen auswalzen muss... Erlaubt sei ihm aber immerhin, seine Erklärung für die Entwicklung des parlamentarischen Anstandes im Kantonsrat von den Anfängen bis heute zur Diskussion zu stellen:

1. Vom Kollektiven zum Individuellen: Was parlamentarischer Anstand ist und beinhaltet, wandelte sich vom extern vorgegebenen, von hoheitlich oder behördlich vorgeschriebenem zum primär individuellpersönlich Bestimmten;
2. Vom Äusserlichen zum Innern, von der Form zur Haltung: Wie parlamentarischer Anstand zum Ausdruck gebracht wird, wandelte sich vom allein vorgeschriebenen repräsentierenden «Kostüm» zum Verhalten des einzelnen Ratsmitglied, das u. a. auch durch seine Kleidung der Würde des Rates Achtung verschafft.

#### Und jetzt?

Was steht heute in Sachen Anstand an? Da steht bekanntlich eine Norm, mit Gebotscharakter freilich, zuweilen aber nicht einmal bekannt: Die Mitglieder sollen sich bei den Verhandlungen der Würde des Rates entsprechend verhalten und dies auch durch angemessene Kleidung zum Ausdruck bringen. «Würdiges Verhalten», pro memoria.

Die Umsetzung ist offen, in einer enormen Bandbreite fast ausschliesslich dem Belieben der Normadressatinnen und Normadressaten übergeben. Ein «Der Schweizer Knigge/Wie man es macht?» ist nicht zur Hand, geschweige denn ein Parlamentsknigge. Und aus bisherigen Verlautbarungen des jeweiligen Präsidiums erkennt, wer sie gelesen hat, eine gewisse Orientierungsferne, bewusst nicht als Hilflosigkeit abgetan, eine untragische Ferne zwar, aber vielleicht auch die Inaktualität des Themas, was ein gewisses Desinteresse verständlich macht. Interventionen, Zeugnisse einer gelebten Norm, zwischen durch sind ausgeblieben, das letzte Mal glaublich beim barfussbetretenen Kantonsratssaal in einer sömmerlichen und

beim mit Nagelschuhen auf dem Holzparkett betretenen Kantonsratssaal in einer winterlichen Session. Heute gilt courant normal, dessen Richtschnur im Wesentlichen die Herkunft des Ratsmitglieds abgibt, allenfalls justiert durch die bzw. in der parlamentarischen Gemeinschaft, in der man sich bewegt.

Was bleibt da?:

– So wie bisher weiterfahren. Dann bräuchte es aber die Gebotsnorm zu «Würdigem Verhalten», zu einem Verhalten, das die Würde des Rates achtet und in der Kleidung zum Ausdruck kommt, nicht mehr. Aufheben der Norm im Rahmen der nächsten Reglementsrevision... und ohne Skrupel wie seinerzeit im Jahr 1990, wäre konsequent.

– Oder aber die präsidialen Funktionen des Kantonsrates und seiner Organe greifen die Würde des Rates bewusst auf, geben ihr betont Wert, pflegen sie und bringen sie auch zum Ausdruck: massvoll, in Schritten, bei sich bietender Gelegenheit, aber davon überzeugt, dahinterstehend und damit als Vorbild wirkend. Da muss auch eine Intervention, wenn erforderlich, Platz haben, kann aber auch präventiv wirken. Warum z. B. nicht eine von präsidialer Warte geäusserte Erwartung im Zusammenhang mit einem besonderen Event des Parlamentes, so z. B. zur Eröffnung oder zum Abschluss der Amtsdauer, zu einer Jubiläumssession, zur Behandlung der totalrevidierten Kantonsverfassung usw.? Eine solche Idee muss von einem Engagement getragen sein, von Geduld und Nachhaltigkeit, aber auch ohne die Erwartung auf eine vollständige und umfassende Wirkung. Auf einem solchen Weg behielte die Gebotsnorm Sinn und damit Bestand. Schön wäre diese Variante<sup>10</sup>.

So oder so:

1. Der St. Galler Kantonsrat hat parlamentarischen Anstand, *seinem* parlamentarischen Anstand.
2. Er leistet mit *seinem* parlamentarischen Anstand einen Beitrag zu *seiner* politischen Kultur und prägt sie damit.

<sup>9</sup> Quellen beim Verfasser dieses Beitrags verfügbar.

<sup>10</sup> Damit gibt der Verfasser dieses Beitrags seine persönliche Wertung ab. Missfallen dürfte sie beim einen Teil der Angesprochenen auslösen, das man in der Regel zu spüren bekommt, anständig, aber sicher und bestimmt. Gefallen hingegen bliebe, wenigstens nach Ostschweizer Usanz, kaum wahrnehmbar.



# Parlamentarischer Anstand: Regelung im Kanton Zürich

Bernhard Egg, Präsident des Kantonsrates Zürich 2012 / 13

Das Geschäftsreglement des Kantonsrates (GRegl) enthält eine Art Kaskade von Massnahmen für den Fall von Verletzungen des parlamentarischen Anstandes.

Verletzt ein Mitglied des Kantonsrates den parlamentarischen Anstand, insbesondere durch beleidigende Äusserungen, so wird es gemäss § 14 Abs. 2 GRegl vom Präsidium in einem ersten Schritt zur Ordnung gerufen.

Wird ein Ratsmitglied während der Beratung eines Geschäfts zum zweiten Mal zur Ordnung gerufen, kann ihm das Präsidium das Wort entziehen. Über Einsprachen gegen den Wortentzug entscheidet der Rat ohne Diskussion (§ 14 Abs. 3 GRegl). Aus praktischen Gründen wird verlangt werden müssen, dass der Einspruch sofort erhoben werden muss.

Wird einem Ratsmitglied das Wort entzogen, so kann es ihm gemäss § 14 Abs. 4 GRegl in der Beratung zum gleichen Traktandum nicht mehr erteilt werden. Diese Regelung stellt eine Selbstverständlichkeit dar, ansonsten der Wortentzug kaum einen Sinn ergäbe, höchstens den, dass sich das betroffene Ratsmitglied bis zur nächsten Worterteilung mässigen oder beruhigen könnte. Angesichts dessen, dass es für einen Wortentzug einen zweimaligen Ordnungsruf braucht, könnte auch ein Wortentzug für die ganze weitere Ratssitzung erwogen werden. Das ist aber im Reglement nicht vorgesehen.

Dafür kann der Rat auf Antrag des Präsidiums ein Ratsmitglied für den Rest der Sitzung ausschliessen, wenn es trotz des Wortentzugs weiterspricht oder wiederholt den parlamentarischen Anstand verletzt. Über den Antrag findet keine Diskussion statt (§ 15 GRegl).

## Regelung im Bund

Der Bund legt in Art. 13 des Parlamentsgesetzes die gleiche Stufenfolge fest. Es erfolgt zuerst eine Mahnung, dann der Wortentzug und als ultima ratio der Ausschluss von der Sitzung. Das Geschäftsreglement des Nationalrates legt unter dem Titel Ordnungsruf ferner fest, die Präsidentin oder der Präsident rufe Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer zur Ordnung, die sich beleidigend äussern, nicht zur Sache sprechen, die Redezeit überschreiten oder andere Verfahrensvorschriften verletzen oder die durch ihr Verhalten die Ratsverhandlungen stören.

## Verletzungen des parlamentarischen Anstandes im engeren Sinn

Aufgrund dieser gesetzlichen Bestimmungen sind meines Erachtens Verletzungen des Anstandes im engeren und im weiteren Sinn zu unterscheiden.

Zu den ersteren gehören sicherlich die in den Gesetzen ausdrücklich erwähnten Beleidigungen. Es bedarf keiner weiteren Begründung, dass wer ein anderes Ratsmitglied beleidigt oder beschimpft, zur Ordnung gerufen werden muss. Nicht jede negative Qualifikation wird dabei gleich einen Ordnungsruf zur Folge haben müssen. Bemerkungen wie der andere verstehe ja nichts von der Sache, äussere sich völlig verfehlt, schaue nur für seine Klientel usw. usw. gehören zu einer Ratsdebatte. Auch wenn die Beachtung des guten alten Grundsatzes, es sei mit Argumenten und nicht mit Angriffen auf die Person des Gegners zu fechten, selbstverständlich nach wie vor empfehlenswert ist. Schwierigkeiten können sich für die Ratsleitung ergeben, wenn ein Mitglied des Rates trotz abgelaufener Redezeit beziehungsweise trotz Wortentzugs weiterspricht. Das Abschalten des Mikrofons ist eine erste Massnahme, stoppt den Redeschwall des Betroffenen aber möglicherweise nicht. Letztlich wird nur der Ausschluss von der Sitzung helfen. Nötigenfalls ist das Ratsmitglied durch den Weibel aus dem Saal zu führen. Ein entsprechender Vorfall ist mir in dieser Konsequenz nicht bekannt.

Nebst Beleidigungen sind Störungen des Ratsbetriebs klare Anstandsverletzungen. Darunter würde ich mehrfaches lautstarkes Zwischenrufen, ständiges demonstratives Gelächter, obszöne Gesten oder andere Verhaltensweisen zählen, die einem Ratsmitglied (oder auch einem Regierungsmitglied) das Halten seines Votums nahezu verunmöglichen.

Die Ratsleitung ist gut beraten, hier nicht allzu streng zu sein. Das Quittieren von Voten mit zustimmenden oder unwilligen Zwischenrufen, Gesten, Ausdrücken der Belustigung oder (gespielten) Empörung gehört zu einer lebhaften engagierten Ratsdebatte. Es geht darum, den politischen Schlagabtausch zu ermöglichen, und Auswüchse mit vernünftigem Massstab zu bekämpfen. Die Rolle des Oberlehrers oder Moralapostels kommt bei den Parlamentariern schlecht an.

## Verletzungen des parlamentarischen Anstandes im weiteren Sinne

Nebst den oberwähnten Anstandsverletzungen wird man eine Vielzahl von weiteren gewohnheitsrechtlichen Regeln aufzählen können, deren Verletzung verpönt ist, aber keine Folge wie einen Ausschluss von der Sitzung nach sich zieht (solange der Ratsbetrieb nicht massiv gestört wird). Dazu zähle ich u. a. folgende Regeln:

Während der Ratsdebatte sollen keine lauthalsen Besprechungen untereinander im Saal stattfinden. Es wird auch nicht telefoniert. Wer einen Anruf auf dem Mobiltelefon erhält, verlässt zum entsprechenden Gespräch den Saal.

Allzu häufiges Herumgehen im Sitzungssaal, Verlassen und Wiedereintreten sind – in den engen Raumverhältnissen im Rathaus Zürich beispielsweise – ebenfalls störend.

Man kleidet sich schicklich. Waren früher der dunkle Anzug mit Krawatte die «Uniform» der Männer und das dezente Deux-Pièces das Muss für Frauen, sind heute die Sitten lockerer. Krawatte muss nicht immer sein. Man wird aber verlangen können, dass kein Ratsmitglied in Shorts und Sandalen im Rat erscheint und auch nicht im lockeren Trägertop. Als ungeschriebene Regel gilt auch, dass man im Ratssaal nicht isst. Getränke sind v. a. für die Ratsleitung angebracht, die den Saal nicht zwischendurch verlassen kann. Etwas zu trinken, wird man Ratsmitgliedern nicht verbieten wollen; das Aufstellen von Getränken auf den Pulten, sollte aber in Grenzen gehalten werden. Der Rat soll ja nach aussen nicht nur akustisch sondern auch optisch ein würdiges Erscheinungsbild bieten.

Diesem Bild dient es nicht, wenn Ratsmitglieder während der Sitzung schlicht schlafen oder gar schnarchen. Auch betrunken im Rat zu erscheinen, trägt wenig zum eh schon ramponierten Ruf der Politiker und Politikerinnen in der Bevölkerung bei.

Verletzungen solcher Anstandsregeln braucht das Präsidium nur im äussersten Falle mit einem Ordnungsruf zu ahnden. Es kann subtiler vorgehen und beispielsweise das entsprechende Fraktionspräsidium einbeziehen und zu bilateralem Einschreiten auffordern.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass unsere Parlamente meiner Wahrnehmung nach durchaus gesittet tagen. Bilder von wüsten Prügeleien kennen wir glücklicherweise nicht.





# Was bedeutet parlamentarischer Anstand: Erläuterung anhand von zwei aktuellen Beispielen

Andreas Blaser, SP Grossrat Kanton Bern

Zitat: «Lieber einmal richtig unanständig als immer so penetrant anständig.»

Manfred Hinrich

Um es gleich vorweg zu nehmen: Debatten in Parlamenten leben von lebendigem Schlagabtausch, Angriff und Verteidigung. Es gibt nichts Langweiligeres, als Debatten ohne Emotionen und persönliche Stellungnahmen. In einer lebendigen Demokratie gehört die politische Auseinandersetzung zum Alltag. Sie ist sozusagen das Salz in der Suppe im parlamentarischen Betrieb.

Ein Parlament ist keine Schulklasse, in der ein paar Oberlehrer/innen bestimmen, wie sich Parlamentarier/innen zu verhalten haben. Die Frage ist nur, ob in einem Parlament alles erlaubt ist. Nebst den lebendigen Debatten, müssen Parlamentarier und Parlamentarierinnen auch eine Vorbildrolle einnehmen. Sie sitzen sozusagen in einem Glashaus, das von Medienschaffenden in Wort und Bild nach aussen getragen wird. Parlamente sind öffentliche Orte, welche von Menschen jedes Alters besucht werden. Die Zuschauertribünen der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Parlamente sind bei wichtigen Geschäften dicht besetzt. Ratsdebatten werden im Radio, Fernsehen und neuerdings auch im Internet live übertragen. Die Glaubwürdigkeit der Politik hängt in starkem Masse vom Verhalten der Parlamentarier und Parlamentarierinnen ab. Die Frage ist weniger, was bedeutet parlamentarischer Anstand, sondern viel mehr, wann wird er überschritten.

Eine allgemeine, jedoch höchst abstrakte Definition zum Begriff Anstand habe ich im Wikipedia gefunden:

«Der *anständige* Mensch als *Idealtypus* des Weltbildes der *Aufklärung* respektiert in *Einstellung* und *Verhalten* die *Persönlichkeit* des Anderen und achtet darauf, dass dieser nicht *blossgestellt* (*Scham*), *gedemütigt* (*Hochmut*) oder *benachteiligt* (*Ungerechtigkeit*) wird.»

Was bedeutet das für das Verhalten von Parlamentarier und Parlamentarierinnen? Ich möchte diese Fragestellung an zwei aktuellen Beispielen erläutern:

## Beispiel 1

«Der Bund, 27.03.13:

**Eklat im Grossen Rat** Thomas Fuchs greift Hasim Sancar an

Die Debatte um Steuerhinterziehung hat gestern im Grossen Rat zur seltenen Situation geführt, dass Grossräte auf der persönlichen Ebene aneinandergeraten sind. Thomas Fuchs (SVP, Bern) gab vor dem Plenum bekannt, Hasim Sancar (Grüne, Bern) versteuere null Einkommen und null Vermögen. Daraufhin sagte Sancar, er zahle sehr wohl Steuern. Von Fuchs forderte er eine öffentliche Entschuldigung. Nach der Sitzung sagte Fuchs auf Anfrage, es störe ihn, wenn jemand dauernd auf die Steuergerechtigkeit hinweise und sogar zum Besten gebe, er bezahle gern Steuern dabei aber gar keine bezahle. Vor dem Grossen Rat hatte Fuchs Sancar deshalb vorgeworfen, er vergiesse Krokodilstränen. Fuchs hatte schon 2010 im Zusammenhang mit der Initiative «Zäme läbe zäme stimme» an einer SVP-Parteiversammlung verlauten lassen, Sancars Einkommen und Vermögen seien «null». Er habe seinerzeit die Steuerdaten von Berner Stadträten bei der Steuerverwaltung bezogen und dafür eine Gebühr von 680 Franken bezahlt, sagte Fuchs gestern. Sancar sagte gegenüber dem «Bund», er könne Fuchs' Darstellung nicht begreifen. «Ich möchte das sehen.» Als Angestellter habe er immer ein Einkommen gehabt und auch immer Steuern bezahlt. «Einkommen null stimmt nicht.» Er sei bereit, Journalisten Einblick in seine Steuererklärungen zu gewähren, damit sie sich vergewissern könnten, dass er die Wahrheit sage. Sancar hielt an der Forderung fest, wonach sich Fuchs öffentlich entschuldigen müsse. (db)»

## Beispiel 2

«Tages Anzeiger, 12.11.12:

**Eklat im Rat:** «Christoph Mörgeli hat es nicht verdient, so verteidigt zu werden»

In der Affäre Mörgeli rastet SVP-Kantonsrat Amrein aus. Nicht nur der Ratspräsident im Kantonsparlament ist brüskiert. Auch Parteikollegen Amreins sind befremdet. Ein SVP-Vertreter legitimiert hingegen den Auftritt.

Als am Montagmorgen im Kantonsrat der Jahresbericht der Universität Zürich behandelt wurde, kam es zum Eklat. Statt das jährlich wiederkehrende Traktandum in der gewohnten Ruhe und Ordnung

durchzunehmen, rastete SVP-Kantonsrat Hans-Peter Amrein aus.

Vom Jahresbericht schwenkte er um zur Affäre Mörgeli und dessen Entlassung. Amrein kritisierte in einem langen Monolog SP-Bildungsdirektorin Regine Aepli und Mörgelis ehemaligen Vorgesetzten Flurin Condrau. Dabei wettete er nicht nur in einem übermässig scharfen Tonfall über die Regierungsrätin, sondern überschritt die erlaubte Redezeit von fünf Minuten massiv. Auch von der Glocke von Ratspräsident Bernhard Egg und dessen Aufforderung, zum Ende zu kommen, liess er sich nicht bremsen.

## Ausschluss als äusserstes Mittel

Schliesslich reagierte der Rat mit Buhrufen. Ruhiggestellt wurde Amrein allerdings erst, als ihm Egg offiziell das Wort entzog. «Wir sind hier in einem Parlament und nicht in einem Sauhaufen.»

Nach der Ratssitzung stellt sich die Frage, ob der Ausraster Folgen für den Politiker hat. «Nein», sagt Bernhard Egg, der die Sitzung vom Präsidentenstuhl aus leitete. Der Sozialdemokrat besprach sich noch während der Sitzung mit Moritz von Wyss, dem Chef der parlamentarischen Dienste, der den Kantonsrat bei allen Abläufen unterstützt. Im Geschäftsreglement des Kantonsrats heisst es, «der Präsident sorgt für Ruhe im Saal und kann bei störender Unruhe die Verhandlungen für bestimmte Zeit unterbrechen oder die Sitzung schliessen.»

Das wäre das äusserste Mittel gegen einen Verstoss gegen die parlamentarischen Gepflogenheiten. Einen vom Volk gewählten Kantonsrat kann der Ratspräsident aber nicht von den Beratungen ausschliessen.

## «Entschuldigung erwartet»

Für Egg ist der Fall somit erledigt. «Ich hätte nur erwartet, dass sich Hans-Peter Amrein für den Vorwurf entschuldigt, ich führe den Rat politisch», sagte Egg nach der Sitzung. Er wappne sich vor jeder Sitzung für aussergewöhnliche Vorfälle. In den 15 Jahren, die er bereits dem Kantonsrat angehört, ist allerdings nie ein solcher Ausraster eines Ratsmitglieds passiert.

Überrumpelt von der Emotionalität seines Parteikollegen wurde auch Fraktionspräsident Jürg Trachsel: «Ich habe Amreins

<sup>1</sup> Die weitergehenden Regeln können in der Geschäftsdatenbank auf der Homepage [www.kantonsrat.zh.ch](http://www.kantonsrat.zh.ch) mit der Geschäftsnummer 4793 abgerufen werden.



Votum vorher gelesen, dass er es aber auf diese Art vortragen würde, habe ich nicht erwartet.» Amrein selber bedauert nichts – und hält an seinem Vorwurf an Bernhard Egg fest: «Der Präsident führt politisch. Er hat die Buhrufer in den anderen Parteien nicht zur Ordnung gerufen, nur mich.» Dass er in seinem Votum emotional wurde, hält Amrein für absolut zulässig. «Das Volk darf wissen, dass in diesem Saal nicht nur gesäuselt wird.»»

Diese beiden Vorfälle zeigen, dass Parlamentarier und Parlamentarierinnen sensibel auf persönliche Angriffe reagieren. Demütigungen und Blossstellungen gehören nicht zum Umgang in einem Parlament. Angriffe auf die Person sind in jedem Fall kontraproduktiv und ein untaugliches Instrument, die politische Auseinandersetzung zu führen. Interessant ist auch, dass die Angegriffenen in beiden Fällen eine öffentliche Entschuldigung fordern. Hier geht es also um ehrverletzende Äusserungen, welche Stein des Anstosses sind.

Ich persönlich bin der Überzeugung, dass Ratsdebatten in der Sache hart geführt werden sollen. Persönliche Angriffe verletzen jedoch den parlamentarischen Anstand und verhindern letztlich konstruktive Lösungen, wie sie in unserem politischen System ohne absolute Mehrheiten notwendig sind.

*Nachtrag zum Beispiel 1:*

«Der Bund, 30.03.13:

**Sancar zahlt mehr Steuern als Fuchs**

Thomas Fuchs (SVP) hat Hasim Sancar (Grüne) im Grossratsplenum vorgehalten, er befürworte höhere Steuern, zahle selber aber keine – «Einkommen null, Vermögen null». Einziges Problem: Es stimmt nicht.»

# Parlamentarischer Anstand: Kein Fremdwort im Kanton Thurgau

Kantonsrat Willy Nägeli, Präsident des Grossen Rates des Kantons Thurgau 2007/2008

Vorausschicken möchte ich, dass es an den Sitzungen des Grossen Rates des Kantons Thurgau sehr gesittet zu und her geht. Ich gehöre diesem Parlament seit 1996 an und kann mich nicht erinnern, jemals eine richtig unanständige Situation erlebt zu haben.

In meinem Präsidialjahr 2007/2008 habe ich jede Sitzung mit einem kleinen eigenen «Gedicht» begonnen und mit einem Rückblick auf den Verlauf der Sitzung (ebenfalls in Versform) abgeschlossen. Ich habe diese Verse unter dem Titel «Gereimtes über Gereimtes und Ungereimtes vor und nach den Sitzungen» zusammengefasst. Wenn ich nun in diesen Vier- bis Achtzeilern stöbere, fällt mir auf, dass es sich inhaltlich sehr oft um zu lange Voten gehandelt hat. Ich habe so in Versform immer wieder an die Rededisziplin im Rat appelliert.

Eingestiegen bin ich mit folgendem Vierzeiler am Schluss meiner ersten Sitzung als Ratspräsident Ende Mai 2007:

Meine erste Sitzung zeigt:  
Den Ratsbetrieb tut trüben,  
wer zu langen Voten neigt,  
wir können nun ein Jahr lang üben.

Wir haben dann tatsächlich geübt. Gegen Ende Jahr machte folgender Vers den Sitzungsschluss:

Auch heute ist es nicht gescheh'n,  
bei der Sitzung Nummer zehn.  
In unserer Traktandenliste  
bleibt hinten etwas auf der Piste.  
Das wirft ein schlechtes Licht voraus,  
Hinblick auf den Samichlaus.

Es wurde also immer anständig, aber eben mit viel zu langen Voten debattiert. Im Januar war es dann erstmals soweit:

Ich sage Euch, die Freud' ist gross.  
Was ist denn plötzlich mit Euch los?  
Ganz zum Schluss noch Disziplin.  
Sagt, wo führt denn das noch hin?  
Es führt, wie heute, ganz behände  
an's Traktandenlistenende.

Vielleicht liegt es ganz einfach daran, dass bei uns im Osten die Sonne aufgeht und darum unsere Gemüter sonniger und anständiger sind.

Fazit: Diejenigen, die von mir einen Kriminalroman erwartet haben, muss ich leider enttäuschen. Im Parlament des ländlichen Kantons Thurgau ist Anstand kein Fremd-

wort. Wenn man allerdings zu lange Voten als unanständig klassiert, sind wir nicht ganz blütenweiss.



# Geheime Abstimmungen gehören im Nidwaldner Landrat der Vergangenheit an

**Das Nidwaldner Parlament hat eine Teilrevision des Landratsreglements gutgeheissen. Damit werden Unklarheiten in verfahrenstechnischen Fragen beseitigt. Zudem hat die Legislative beschlossen, dass es künftig bei Sachgeschäften keine geheime Abstimmung mehr gibt – ausser bei Gesuchen um Einbürgerung oder Begnadigung.**

Stein des Anstosses für die Teilrevision des Landratsreglements war eine Gesetzesvorlage, welche der 60-köpfige Nidwaldner Landrat am 10. Dezember 2011 beraten hat. Bei der Eintretensdebatte wurden der Antrag auf geheime Abstimmung über das Eintreten und anschliessend der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf gestellt. Gestützt auf das geltende Landratsreglement wurde nur der erste Antrag zur Abstimmung gebracht. Dieser wurde angenommen und schloss somit jenen auf Abstimmung unter Namensaufruf aus. Gegen dieses Vorgehen wurde im Nachgang der Sitzung Beschwerde erhoben. Bei deren Behandlung sind Unklarheiten des Landratsreglements in verfahrenstechnischen Fragen festgestellt worden. Mit der Teilrevision, wie sie nachfolgend in den wichtigsten Punkten vorgestellt wird, werden diese Unklarheiten beseitigt.

## Quoren bei Ordnungsanträgen

Die Nidwaldner Landratsgesetzgebung sieht wie viele andere Verfahrensrechte für Parlamente bei bestimmten Ordnungsanträgen ein herabgesetztes Quorum vor. Ordnungsanträge über die Form der Beschlussfassung benötigen 15 Stimmen, was einem Viertel der Landratsmitglieder entspricht. Mit diesem Quorum kann die geheime Wahl, die geheime Abstimmung oder die Abstimmung unter Namensaufruf verlangt werden. Selbstredend kann über eine Sache nicht gleichzeitig geheim und unter Namensaufruf abgestimmt werden. Wie ist aber vorzugehen, wenn zu einer Sache beide Ordnungsanträge gestellt werden? Grundsätzlich sind sich die widersprechenden Anträge gegenüberzustellen. Für die Bereinigungsabstimmung ist das einfache bzw. relative Mehr massgebend mit der Folge, dass die Quoren ihre Wirkung verlieren. Unbefriedigend ist auch, die Anträge nacheinander zur Abstimmung zu bringen, denn der zweite Antrag macht bei Annahme des ersten Antrages keinen Sinn mehr.

Für dieses Dilemma gibt es verschiedene Lösungen. Der Konfliktfall kann geregelt und die Bereinigungsabstimmung ausdrücklich zugelassen werden, was gleichzeitig eine Relativierung der Quoren bedeutet. Oder man kann die herabgesetzten Quoren aufheben. Für diesen zweiten Weg hat sich das Landratsbüro entschieden, welches die Teilrevision ausarbeitete und dem Landrat zur Beschlussfassung unterbreitete.

Der Landrat hat entschieden, das Quorum für die Beschlussfassung unter Namensaufruf aufzuheben. Bei der Beratung des Quorums für geheime Abstimmung wurde aus der Mitte des Landrates beantragt, die Möglichkeit der geheimen Abstimmung aufzuheben. Überraschenderweise folgte der Landrat diesem Antrag. Geheime Abstimmungen gehören damit der Vergangenheit an.

In Nidwalden besteht seit dem 1. März 2013 somit nur noch ein herabgesetztes Quorum für die geheime Wahl (15 Stimmen), für Rückkommen (20 Stimmen) und für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative (15 Stimmen). Die geheime Beschlussfassung ist weiterhin möglich bei Wahlen, Begnadigungen und Einbürgerungen.

## Gegenüberstellung von Ordnungsanträgen

Ist ein Ordnungsantrag gestellt, wird die Beratung über den Hauptgegenstand unterbrochen. Erst nach Diskussion und Beschlussfassung über den Ordnungsantrag wird die Beratung über den Hauptgegenstand wieder aufgenommen. Mit der Teilrevision wird neu klar geregelt, dass weitere Ordnungsanträge gestellt werden können und diese analog der Sachanträge bereinigt werden. Nachdem die geheime Abstimmung bei Sachgeschäften aufgehoben wurde, hat diese Klarstellung zwar an Relevanz verloren. Da jedoch weiterhin verschiedenste Ordnungsanträge möglich sind, erscheint die erfolgte Änderung dennoch als sinnvoll.

## Beschwerde gegen das Verfahren

Ein weiterer Punkt des teilrevidierten Landratsreglements ist die neue Regelung des Verfahrens bei Uneinigkeit über den Ablauf einer Landratssitzung respektive über die Beratung der Vorlagen. Die

Landratsgesetzgebung sieht kein Rechtsmittel vor, mit welchem man gegen den Ablauf einer Landratssitzung opponieren kann. So wurde die erwähnte Beschwerde beim Landratssekretariat zur Weiterleitung an die für die Bearbeitung der Beschwerde zuständige Instanz eingereicht. Auch weiterhin soll kein Gericht über umstrittene Verfahrensabläufe des Landrates entscheiden. Das Landratspräsidium bestimmt im Rahmen der Gesetzgebung den Ablauf der Landratssitzung und auch die Beratung der einzelnen Vorlagen. Ist ein Mitglied des Landrates mit dem Vorgehen nicht einverstanden, entscheidet der Landrat auf Antrag über Einwände gegen den vorgesehenen Ablauf. Nachdem mit der neuen Regelung ein Ziel der Beschwerde erreicht ist, nämlich Klarheit zu schaffen über das Verfahren, wurde diese zurückgezogen.

Armin Eberli  
Landratssekretär  
E-Mail: armin.eberli@nw.ch



# Les clefs du Grand Conseil valaisan sans papier

L'environnement favorable à l'éclosion de «Parlement sans papier» est né d'une erreur de casting.

Alors que les autres services parlementaires se dotaient en collaborateurs scientifiques; le Valaisan, emmené par la vision d'un chef de service issu des travées, et non de l'administration, faisait le choix de se doter, avant tout, d'un responsable informatique, à temps complet, indépendant du Service Cantonal de l'Informatique valaisan (SCI), également issu des travées du Grand Conseil. Sitôt, le responsable informatique, au profil de chef de projet pluridisciplinaire, engagé, le service parlementaire valaisan a rejoint ses homologues en rassemblant des pourcentages de postes, grappillés par-ci par-là, pour se doter en collaborateurs scientifiques pour l'appui aux commissions de son parlement. La provenance des travées, tant pour le chef du service parlementaire, que pour le responsable informatique, les a, d'emblée, légitimés dans leurs nouvelles fonctions aux yeux de leurs pairs, désormais clients. Pour mener à bien l'informatisation de son parlement, le responsable informatique s'est appuyé, dans un premier temps, sur les outils proposés par le SCI à toute l'administration cantonale valaisanne. Mais, très rapidement, l'orientation système des DSI (Directions des Systèmes d'Informations) a fait que le Service Cantonal de l'Informatique valaisan s'est montré incapable de répondre aux besoins informatiques (orientation services) du Grand Conseil en frustrant, au passage, ses utilisateurs et en propulsant son responsable informatique dans une position très délicate. Pour se sortir de ce mauvais pas, ce dernier a déployé un business-model, gagnant-gagnant, qui s'appuie: pour les études et les recherches, sur les hautes écoles et les instituts de recherche; pour le développement d'outils informatiques hors freeware, sur des Start-Up ou PME; pour la gestion de sous-projets et le soutien aux utilisateurs, sur la transformation d'un poste d'apprenti de commerce en apprenti-médiamaticien, mais, également, sur des stagiaires de la GETAC (Gestion des Emplois Temporaires dans l'Administration Cantonale), et, enfin, sur des stagiaires AI en réorientation informatique. C'est ainsi, qu'ancré dans cette nouvelle «orientation services», le petit projet d'informatisation du Grand Conseil valaisan a pu prendre quelques tailles pour enfile le costume de «Parlement sans papier».

Quelques classes et chercheurs des hautes écoles se sont retrouvés, au lieu d'exercices «à blanc», avec de «vrais» mandats d'étude défrayés qu'ils ont pu présenter aux médias,

invités par le président du Grand Conseil, et que le responsable informatique a, ensuite, déployé dans les travées. Les Start-Up ou PME qui ont développé les outils informatiques ont été rapidement «draftées» sur la liste des prestataires informatiques de l'Etat du Valais et profitent, également, d'éventuelles retombées commerciales des présentations de «Parlement sans papier» qui sont demandées, par d'autres cantons, au responsable informatique du Grand Conseil valaisan. Les six stagiaires GETAC, qui, pour la gestion de sous-projets, se sont succédés, ont tous retrouvé un emploi fixe dans le secteur privé, en cours ou à la fin de leur stage de six mois au service parlementaire. Malheureusement, on observe un nombre croissant d'ingénieurs-système issus des DSI (orientation système) qui viennent, en fin de droit de chômage, grossir les rangs de la GETAC pour, la plupart du temps, une réorientation vers le cloud/opendata (orientation services) ou l'enseignement.

«Parlement sans papier» s'est bâti sur les processus de travail du Grand Conseil, certifiés Valais-Excellence (ISO9001 et ISO14001 à prix mini), qui sont passés, du papier au numérique, sur le serveur du service parlementaire relié à la plate-forme des Archives cantonales pour l'archivage, ou la destruction, automatique des documents de travail à l'échéance légale.

Sur le serveur du service parlementaire sont venus se greffer: le scannage de tout document papier entrant; l'application informatique de traitement des élections; le site Internet du Grand Conseil avec toutes ses archives papier numérisées (par ex. les bulletins des séances du Grand Conseil dès 1839 et le recueil des lois dès 1802); le cloud des député-e-s avec: le processus informatique de dépôt des interventions parlementaires, le processus informatique de traitement des amendements législatifs, le processus informatique de traitement des amendements budgétaires (à finaliser pour septembre 2013), les documents de session, les documents et le calendrier des commissions, la messagerie des commissions, les formulaires, les tutoriaux d'e-learning; le logiciel de prise de PV des collaborateurs scientifiques; le processus informatique d'échange et de suivi des dossiers et des documents entre le Grand Conseil (service parlementaire) et le Conseil d'Etat (chancellerie); le processus informatique de comptabilité du Grand Conseil; le bulletin vidéo des séances du Grand Conseil à reconnaissance vocale; la retranscription automatique, par reconnaissance vocale, du bulletin des séances du Grand Conseil (à finaliser pour la première session 2014 du Grand Conseil).

L'application informatique de traitement des élections voit les responsables politiques saisir leurs candidat-e-s. Les sortant-e-s ne nécessitent aucun travail de saisie, car ils sont extraits automatiquement de la base de données recensant les membres du Grand Conseil. Après un contrôle de qualité, les données saisies par les responsables politiques lancent l'impression et l'envoi de tout le matériel électoral. Puis les données saisies par les responsables politiques vont nourrir les apps Iphone et Android pour le jour d'élection. Et, enfin, le soir de l'élection, les données des candidats malheureux sont automatiquement versées sur la plate-forme des Archives cantonales, tandis que les données des élu-e-s rejoignent la base de données recensant les membres du Grand Conseil en permettant, ainsi, au service parlementaire de les féliciter, de les informer (règlement du Grand Conseil, manuel du député, localisation du Grand Conseil, des places de parc, etc.) par courriel et de lancer la confection de leurs cartes de légitimation et de votes pour la session constitutive qui suit, de 21 jours, le jour de l'élection.

Les sous-projets ont été pilotés avec la méthodologie scrum (méthodes agiles), en les mettant en compétition et en leur imposant des sprints.

Du côté de l'équipement de la salle du Grand Conseil, quatre réseaux WiFi (députatation, médias, visiteurs, commissions) confinés et sécurisés ont vu le jour, et une prise électrique double est venue équiper chaque place de travail.

Du côté de l'équipement du député, le BYOD (viens avec ton propre matériel informatique) s'est imposé avec, à la clef, un défraiement annuel de CHF 600.- par député-e ou suppléant-e.

En complément du cloud des député-e-s, le logiciel le plus important recensé par, et pour, les député-e-s est un logiciel qui permet d'annoter, avec un stylet ou autre clavier, les fichiers pdf et de les sauvegarder sous différents formats avec reconnaissance des annotations.

Enfin, sans mauvaise surprise de dernière minute, le projet «Parlement sans papier» devrait se boucler, au 31 décembre 2013, sur un tout petit peu plus que la moitié du budget d'investissement alloué de CHF 1'000'000.- pour une économie annuelle de 8.5 tonnes de papier acheminées en courrier A.

Daniel Petitjean  
Chef informatique du Grand Conseil valaisan  
E-Mail: daniel.petitjean@admin.vs.ch





# Gerichte im Kanton Aargau: selbstständig verwaltet

**Weiterer Schritt in der 1980 eingeleiteten Entwicklung: Die Gerichte im Kanton Aargau erhielten per 1. Januar 2013 neue Leitungs- und Führungsstrukturen.**

«Vom Geist der Gesetze», besser bekannt als «De l'ésprit des lois» – mit dieser berühmten Schrift von 1748 lehrte Charles Baron de Montesquieu das Prinzip der Gewaltenteilung. Mehr als 250 Jahre später ist der Grundsatz der Unabhängigkeit der Judikative als dritte Staatsgewalt längst als Selbstverständlichkeit in unserem demokratischen Gedankengut verankert. Ebenso anerkannt ist die Folgerung, dass nur diejenige Gerichtsbarkeit unabhängig von den anderen Gewalten sein kann, die sich auch selbst verwaltet.

ziplinarische Aufsicht über die Richterinnen und Richter wahr.

Die neuen Leitungs- und Führungsstrukturen etablieren die eigenständige Verwaltung der Gerichte zusätzlich. Diese begann vor mehr als dreissig Jahren, als der Grundsatz der gerichtlichen Selbstverwaltung in der 1980 revidierten Aargauischen Kantonsverfassung erstmals festgehalten wurde.

Nicole Payllier  
Leiterin Kommunikation  
Gerichte Kanton Aargau  
E-Mail: kommunikation.gka@ag.ch

## Die Justizleitung als oberstes Führungsorgan der Gerichte

Das auf Beginn des laufenden Jahres in Kraft getretene revidierte Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) führte neue Leitungsstrukturen für das Gerichtsmanagement ein. Damit werden besondere Akzente auf die selbstständige Verwaltung der Gerichte gesetzt. War es bis Ende 2012 die Verwaltungskommission des Obergerichts, welche die Gerichte führte, ist neu die Justizleitung ihr oberstes Führungsorgan. Diese setzt sich in Vertretung aller Gerichtsstufen des Kantons aus drei Mitgliedern des Obergerichts sowie zwei Präsidentinnen oder Präsidenten der Bezirksgerichte zusammen und wird vom Obergerichtspräsidenten präsiert. Die Geschäftsleitungen der einzelnen Gerichte sind der Justizleitung untergeordnet.

## Strategische Leitung und Führung

Der Justizleitung als Spitze der kantonalen Gerichtsverwaltung stehen alle Kompetenzen zu, die notwendig sind, um das gute Funktionieren der aargauischen Rechtsprechung zu garantieren. Konkret ist sie für die zweckmässige Organisation sowie den effizienten Einsatz des Personals und der finanziellen Mittel aller Gerichte sowie des Konkursamts im Kanton Aargau verantwortlich und vertritt die Gerichte nach aussen. Besorgt die Justizleitung damit die administrative Leitung und Aufsicht, nimmt die Aufsichtskommission (ehemals Inspektionskommission) die dis-



**Grosser Rat**  
Parlamentdienst

---

Adrian Schmid, Leiter Parlamentsdienst  
Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 13 60  
E-Mail [parlamentdienst@ag.ch](mailto:parlamentdienst@ag.ch)

Aarau, 28. Februar 2013

**VORANZEIGE**

**4. Forum der Parlamentsdienste der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP)  
am Freitag, 14. Juni 2013 im Grossratsgebäude Aarau**

Sehr geehrte Damen und Herren  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen hat uns mit der Durchführung des Forums 2013 der Parlamentsdienste betraut. Ich freue mich sehr, Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu dieser Tagung der Parlamentsdienste des Bundes, der Kantone und der Gemeinden einzuladen. Wir bitten Sie,

**Freitag, 14. Juni 2013,**

zu reservieren. Der Anlass wird um 09.00 Uhr beginnen und dürfte nach dem vorgesehenen Apéro riche gegen 13.30 Uhr enden. Zusammen mit dem Vorstand der SGP werden wir auch in diesem Jahr mit einem spannenden Programm aufwarten. Die Einladung mit allen Angaben im Detail wird Ihnen Mitte Mai zugestellt.

Ich freue mich auf Ihren Besuch in unserem schönen Kanton und heisse Sie schon jetzt herzlich willkommen!

Freundliche Grüsse

Adrian Schmid  
Leiter Parlamentsdienst



KANTON AARGAU

**Grosser Rat**  
Parlamentsdienst

Adrian Schmid, Leiter Parlamentsdienst  
Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Tél. 062 835 13 60  
E-Mail [parlamentsdienst@ag.ch](mailto:parlamentsdienst@ag.ch)

Aarau, le 28 février 2013

**4<sup>e</sup> forum des services parlementaires, organisé par la Société suisse pour les questions parlementaires le vendredi 14 juin 2013, dans le bâtiment du Grand Conseil du canton d'Argovie**

Mesdames, Messieurs,  
Chers collègues,

Par la présente, nous avons le plaisir de vous convier, ainsi que vos collaborateurs, au forum 2013 des services parlementaires de la Confédération, des cantons et des communes, dont l'organisation nous a été confiée par le comité de la Société suisse pour les questions parlementaires (SSP). Nous vous prions d'ores et déjà de bien vouloir réserver la date du

**vendredi 14 juin 2013**

Le forum débutera à 9 heures et devrait se terminer vers 13 h 30, après un apéritif dînatoire. L'invitation et le programme détaillé, qui s'annonce une nouvelle fois passionnant, vous parviendront à la mi-mai.

Nous réjouissant de vous accueillir dans notre canton, nous vous prions d'agrèer, Mesdames, Messieurs, chers collègues, l'expression de notre considération distinguée.

Adrian Schmid  
Chef du service parlementaire  
du Grand Conseil du canton d'Argovie



Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen  
Société suisse pour les questions parlementaires  
Società svizzera per le questioni parlamentari

Herisau, März 2013

**Voreinladung zur Jahresversammlung 2013  
der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen und der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden laden Sie herzlich zur diesjährigen Jahresversammlung vom **13. und 14. September 2013** in Heiden und Herisau ein.

Der Hauptteil der Jahresversammlung findet am **Samstag, 14. September 2013, im Kantonsratssaal in Herisau** statt und ist folgendem Thema gewidmet:

**«Milizparlament am Ende?»**

Frau Dr. Sarah Bütikofer vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich hält einleitend ein Impulsreferat. Die Vizepräsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Brigitte Lösch, wird diesen theoretischen Teil mit einem Referat über die Erfahrungen aus der vollamtlichen parlamentarischen Tätigkeit ergänzen. Anschliessend folgt eine Podiumsdiskussion mit Ständerat Peter Föhn aus dem Kanton Schwyz, Kantonsratspräsident Ivo Müller aus dem Kanton Appenzell Ausserrhoden, alt-Grossratspräsidentin Claudine Wyssa aus dem Kanton Waadt und Grossrat Adrian Kneubühler aus dem Kanton Bern. Das Podium leitet Daniel Reuter, Zürich, Vorstandsmitglied der SGP. Wir freuen uns auf eine interessante Tagung.

Die Jahresversammlung der SGP bietet darüber hinaus auch Gelegenheit zu einem informellen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen Ratspräsidentinnen und -präsidenten, Ratsmitgliedern und Mitarbeitenden der Parlamentsdienste aus der ganzen Schweiz.

Am **Freitagabend, 13. September 2013**, werden Ihnen Staatsarchivar Peter Witschi und Kathrin Hoesli, wissenschaftliche Mitarbeiterin, zum „Jubiläum 500 Jahre Appenzell in der Eidgenossenschaft“ das Projekt „AR•AI 500 Zeitzeugnisse“ präsentieren. Nach dem anschliessenden Apéro ist das Nachtessen im „Urwaldhaus“, Rehetobel, vorgesehen.

Mit dieser Voranzeige kündigen wir die Jahresversammlung 2013 bereits heute an, damit Sie sich den Termin vormerken können. Die definitive Einladung inklusive ausführlichem Programm und Anmeldetalon erhalten Sie im Juni. Wir heissen Sie schon heute herzlich in Appenzell Ausserrhoden willkommen!

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident der SGP

Claude Janiak, Ständerat

Die 1. Vizepräsidentin des  
Kantonsrates von Appenzell Ausserrhoden

Edith Beeler



Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen  
Société suisse pour les questions parlementaires  
Società svizzera per le questioni parlamentari

Herisau, marzo 2013

**Annuncio dell'Assemblea generale annuale 2013  
della Società svizzera per le questioni parlamentari (SSP)**

Gentili Signore, Egregi Signori,

la Società svizzera per le questioni parlamentari e il Gran Consiglio di Appenzello Esterno hanno il piacere di invitarvi all'Assemblea generale che si terrà quest'anno il **13 e 14 settembre 2013** ad Heiden ed Herisau.

La parte centrale della manifestazione si svolgerà **sabato 14 settembre 2013 nella sala del Gran Consiglio ad Herisau** e sarà dedicata al tema seguente:

**«Fine del Parlamento di milizia?»**

La manifestazione sarà aperta dalla relazione della Dr. Sarah Bütikofer dell'Istituto di scienze politiche dell'Università di Zurigo. La vicepresidente del Landtag del Baden-Württemberg, Brigitte Lösch, completerà questa parte teorica riferendo sulle esperienze tratte dall'attività parlamentare a tempo pieno. Seguirà una tavola rotonda con il consigliere agli Stati Peter Föhn del Cantone di Svitto, il presidente del Gran Consiglio Ivo Müller del Cantone di Appenzello Esterno, la presidente emerita del Gran Consiglio Claudine Wyssa del Cantone di Vaud e il deputato al Gran Consiglio Adrian Kneubühler del Cantone di Berna. La tavola rotonda sarà moderata da Daniel Reuter, Zurigo, membro del comitato direttivo della SSP. Si preannuncia una seduta interessante!

L'Assemblea generale della SSP rappresenta inoltre un'occasione per uno scambio informale di opinioni e informazioni tra presidenti dei consigli, deputati e collaboratori di servizi del Parlamento di tutta la Svizzera.

**La sera di venerdì 13 settembre 2013** Peter Witschi, archivista di Stato, e Kathrin Hoesli, collaboratrice scientifica, presenteranno il progetto «AR·AI 500 Zeitzeugnisse» (Testimonianze di un'epoca) realizzato in occasione dei 500 anni di appartenenza alla Confederazione del Cantone di Appenzello. Al termine è previsto un aperitivo seguito dalla cena, che sarà servita nella famosa «Urwaldhaus» di Rehetobel.

Vi indichiamo già ora la data dell'Assemblea 2013 in modo che possiate riservare in anticipo queste due giornate. L'invito definitivo, il programma completo e il modulo d'iscrizione vi saranno inviati nel mese di giugno.

Rallegrandoci fin d'ora di accogliervi in Appenzello Esterno, Vi porgiamo i nostri più cordiali saluti.

Il presidente della SSP

Claude Janiak, consigliere agli Stati

La prima vicepresidente del  
Gran Consiglio di Appenzello Esterno

Edith Beeler





Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen  
Société suisse pour les questions parlementaires  
Società svizzera per le questioni parlamentari

Hérisau, mars 2013

**Annnonce de l'Assemblée générale annuelle 2013  
de la Société suisse pour les questions parlementaires (SSP)**

Madame, Monsieur,

Le Grand Conseil du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures et la Société suisse pour les questions parlementaires (SSP) ont le plaisir de vous convier à l'Assemblée générale annuelle de cette dernière, qui se tiendra les **13 et 14 septembre 2013** à Heiden et à Hérisau.

La partie formelle de la manifestation se déroulera le **samedi 14 septembre 2013 dans la salle du Conseil d'État à Hérisau** et sera consacrée au thème suivant :

**« La fin du Parlement de milice ? »**

Après l'exposé introductif de Madame Sarah Bütikofer, collaboratrice scientifique à l'Institut de science politique de l'Université de Zurich, la vice-présidente du Landtag de Bade-Wurtemberg, Madame Brigitte Lösch, présentera un exposé sur l'exercice à plein temps d'un mandat parlementaire. Cette partie théorique sera suivie d'un débat auquel prendront part Peter Föhn, conseiller aux États schwytois, Ivo Müller, président du Grand Conseil du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures, Claudine Wyssa, ancienne présidente du Grand Conseil vaudois, et Adrian Kneubühler, député au Grand Conseil bernois. Les discussions seront animées par Monsieur Daniel Reuter (ZH), membre du comité de la SSP.

L'Assemblée générale de la SSP permettra en outre un échange informel de points de vue et d'informations entre présidents des conseils, députés et collaborateurs des services de parlements issus de toute la Suisse.

Le **soir du vendredi 13 septembre 2013**, Monsieur Peter Witschi, archiviste cantonal, et Madame Kathrin Hoesli, collaboratrice scientifique du service des archives cantonales, vous présenteront le projet « AR·AI 500 Zeitzeugnisse », lancé par les deux Appenzell pour célébrer les 500 ans de leur entrée dans la Confédération. Cette présentation sera suivie d'un apéritif et d'un repas au restaurant « Urwaldhaus », à Rehetobel.

Nous vous indiquons dès maintenant la date de l'Assemblée 2013 afin que vous puissiez d'ores et déjà réserver ces deux jours. L'invitation définitive, le programme complet et le formulaire d'inscription vous parviendront au mois de juin.

Nous réjouissant d'avance de vous accueillir dans le canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

Le président de la SSP

Claude Janiak, conseiller aux États

La 1<sup>re</sup> vice-présidente du Grand Conseil  
du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures

Edith Beeler



# Korrespondenten Correspondents Corrispondenti

## Bund

### Bundesversammlung

Ruth Lüthi, stv. Sekretärin der Staatspolitischen Kommissionen, Parlamentsdienste der eidg. Räte, 3003 Bern, T: 031 322 98 04, F: 031 322 98 67, E: ruth.luethi@parl.admin.ch

## Kantone – Cantons – Cantoni

### Kantonsrat Zürich

Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Postfach, 8090 Zürich, T: 043 259 20 07, F: 043 259 51 88, E: moritz.vonwyss@pd.zh.ch

### Grosser Rat Bern – Grand Conseil Berne

Patrick Trees, Ratssekretär, Postgasse 68, 3000 Bern 8, T: 031 633 75 82, F: 031 633 75 88, E: patrick.trees@sta.be.ch

### Kantonsrat Luzern

Edith Mertens, Leiterin Parlamentsdienst, Staatskanzlei, Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern, T: 041 228 50 15, E: edith.mertens@lu.ch

### Landrat Uri

Kristin Arnold Thalmann, Landratssekretärin, Rathaus, 6460 Altdorf, T: 041 875 20 06, F: 041 870 66 51, E: kristin.arnold@ur.ch

### Kantonsrat Schwyz

Mathias Brun, Staatsschreiber, Staatskanzlei, 6431 Schwyz, T: 041 819 11 24, F: 041 819 26 19, E: mathias.brun@sz.ch

### Kantonsrat Obwalden

Nicole Frunz Wallimann, Ratssekretärin, Ratssekretariat Kantonsrat, Rathaus, Postfach 1562, 6061 Sarnen, T: 041 666 62 02, F: 041 660 65 81, E: nicole.frunz@ow.ch

### Landrat Nidwalden

Armin Eberli, Landratssekretär, Regierungsgebäude, Postfach, 6371 Stans, T: 041 618 79 01, F: 041 618 79 11, E: armin.eberli@nw.ch

### Landrat Glarus

Hansjörg Dürst, Ratsschreiber, Regierungskanzlei des Kantons Glarus, 8750 Glarus, T: 055 646 69 66, F: 055 646 32 91, E: hansjoerg.duerst@gl.ch

### Kantonsrat Zug

Tobias Moser, Landschreiber, Regierungsgebäude, Postfach, 6301 Zug, T: 041 728 31 10, F: 041 728 37 01, E: tobias.moser@zg.ch

### Grand Conseil Fribourg – Grosser Rat Freiburg

Mireille Hayoz, Secrétaire générale du Grand Conseil, Rue de la Poste 1, 1701 Fribourg, T: 026 305 10 52, F: 026 305 10 49, E: HayozMi@fr.ch

### Kantonsrat Solothurn

Fritz Brechbühl, Sekretär des Kantonsrates, Rathaus, 4500 Solothurn, T: 032 627 20 79, E: fritz.brechbuehl@sk.so.ch

### Grosser Rat Basel-Stadt

Thomas Dähler, Leiter Parlamentsdienst, Rathaus, 4001 Basel, T: 061 267 40 15, M: 078 713 59 06, E: thomas.daehler@bs.ch

### Landrat Basel-Landschaft

Alex Klee, Leiter Parlamentsdienst, Landeskanzlei Basel-Landschaft, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal, T: 061 552 50 27, F: 061 552 69 65, E: alex.klee@bl.ch

### Kantonsrat Schaffhausen

Janine Rutz, Sekretärin des Kantonsrats, Regierungsgebäude, Beckenstube 7, 8200 Schaffhausen, T: 052 632 73 63, F: 052 632 70 69, E: janine.rutz@ktsh.ch

### Grosser Rat Appenzell IR

Markus Dörig, Ratsschreiber, Rathaus, Marktgasse 2, 9050 Appenzell, T: 071 788 93 11, F: 071 788 93 39, E: markus.doerig@rk.ai.ch

### Kantonsrat Appenzell AR

Nadja Holenstein, Assistentin Kantonsrat, Parlamentsdienste, Regierungsgebäude, 9102 Herisau, T: 071 353 67 79, F: 071 353 68 64, E: nadja.holenstein@ar.ch



#### **Kantonsrat St. Gallen**

Georg Wanner, Leiter Rechtsdienst, Staatskanzlei, Regierungsgebäude, Postfach, 9001 St. Gallen, T: 071 229 32 56, F: 071 229 39 55, E: georg.wanner@sg.ch

#### **Grosser Rat Graubünden**

Domenic Gross, Leiter Ratssekretariat, Staatskanzlei Graubünden, 7001 Chur, T: 081 257 22 32, F: 081 257 21 88, E: ratssekretariat@staka.gr.ch

#### **Grosser Rat Aargau**

Adrian Schmid, Leiter Parlamentsdienst, Regierungsgebäude, 5001 Aarau, T: 062 835 13 60, F: 062 835 13 59, E: adrian.schmid@ag.ch

#### **Grosser Rat Thurgau**

Ricarda Zurbuchen, Leiterin Parlamentsdienste, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld, T: 052 724 23 49, F: 052 724 29 58, E: ricarda.zurbuchen@tg.ch

#### **Gran Consiglio Ticino**

Rodolfo Schnyder, Segretariato del Gran Consiglio, Palazzo governativo, 6510 Bellinzona, T: 091 814 43 25, E: rodolfo.schnyder@ti.ch

#### **Grand Conseil Vaud**

Olivier Rapin, Secrétaire général du Grand Conseil, Grand Conseil, Place du château 6, 1014 Lausanne, T: 021 316 05 11, F: 021 316 40 19, E: olivier.rapin@vd.ch

#### **Grand Conseil Valais – Grosser Rat Wallis**

Fernande Melly-Fux, adjointe, Service parlementaire, Grand-Pont 4, 1950 Sion, T: 027 606 21 85, E: fernande.melly-fux@admin.vs.ch

#### **Grand Conseil Neuchâtel**

Janelise Pug, cheffe du service du Grand Conseil, Château, 2000 Neuchâtel, T: 032 889 40 15, E: Janelise.Pug@ne.ch

#### **Grand Conseil Genève**

Maria Anna Hutter, Sautière, Rue de l'Hôtel de Ville, 1211 Genève 3, T: 022 327 22 07, F: 022 327 06 06, E: maria-anna.hutter@etat.ge.ch

#### **Parlement Jura**

Jean-Baptiste Maître, secrétaire du Parlement, Parlement de la République et Canton du Jura, Hôtel du Parlement, Rue de l'Hôpital 2, 2800 Delémont, T: 032 420 72 22 / 23, F: 032 420 72 21, E: jean-baptiste.maitre@jura.ch

### **Gemeinden – Communes – Comuni**

#### **Stadt Baden**

Marco Sandmeier, Stadtschreiber Stellvertreter, Stadthaus, Rathausgasse 1, 5401 Baden, T: 056 200 82 04, F: 056 200 83 26, E: marco.sandmeier@baden.ag.ch

#### **Stadt Bern**

Daniel Weber, Ratssekretariat; Morellhaus, Postgasse 14, Postfach, 3000 Bern 8, T: 031 321 79 20, F: 031 321 79 22, E: ratssekretariat@bern.ch

#### **Stadt Biel – Ville de Bienne**

Regula Klemmer, Ratssekretärin, Ratssekretariat des Stadtrates, Mühlebrücke 5a, 2502 Biel-Bienne, T: 032 326 11 73, F: 032 326 11 92, E: regula.klemmer@biel-bienne.ch

#### **Stadt Büllach**

Denise Meyer, Ratssekretärin, Marktgasse 28, 8180 Büllach, T: 044 863 11 26, F: 044 863 11 33, E: info.stadt@buelach.ch

#### **Gemeinde Davos**

Michael Straub, Landschreiber, Berglistutz 1, Postfach, 7270 Davos Platz 1, T: 081 414 30 41, F: 081 414 30 49, E: michael.straub@davos.gr.ch

#### **Stadt Dietikon**

Daniel Müller, Stadtschreiber Stv., Bremgartnerstrasse 22, 8953 Dietikon, T: 044 744 36 26, E: daniel.mueller@dietikon.ch

#### **Ville de Genève**

Marie-Christine Cabussat, Cheffe du Secrétariat du Conseil municipal, Rue de la Croix Rouge 4, 1204 Genève, T: 022 418 29 66, E: info-cm@ville-ge.ch

#### **Stadt Gossau**

Toni Inauen, Stadtschreiber, Stadtkanzlei, Rathaus, 9201 Gossau, T: 071 388 41 11, E: toni.inauen@stadtgossau.ch

#### **Gemeinde Köniz**

Verena Remund-von Känel, Parlamentssekretärin, Direktion Präsidiales und Finanzen, Fachstelle Parlament, Landorfstr. 1, 3098 Köniz, T: 031 970 92 06, F: 031 970 92 17, E: verena.remund@koeniz.ch

#### **Stadt Kreuzlingen**



Thomas Niederberger, Stadtschreiber der Stadt Kreuzlingen und Sekretär des Gemeinderates, Stadtkanzlei, Hauptstrasse 62, 8280 Kreuzlingen, T: 071 677 62 10, F: 071 671 11 30, E: thomas.niederberger@kreuzlingen.ch

**Ville de Lausanne**

Frédéric Tétaz, Secrétaire du Conseil communal de Lausanne, Hôtel de Ville, Pl. de la Palud 2, 1003 Lausanne, T: 021 315 21 01, F: 021 315 20 02, E: frederic.tetaz@lausanne.ch

**Stadt Luzern**

Hans Büchli, Leiter Sekretariat Grosser Stadtrat, Hirschengraben 17, 6002 Luzern, T: 041 208 82 13, F: 041 208 88 77, E: grstr@stadtluzern.ch

**Stadt Opfikon**

Willi Bleiker, Ratssekretär, Stadtverwaltung Opfikon, Oberhauserstrasse, 8152 Opfikon, T: 01 829 82 27, F: 01 829 82 42, E: willi.bleiker@opfikon.ch

**Stadt Thun**

Remo Berlinger, Vize-Stadtschreiber, Rathaus, 3602 Thun, T: 033 225 82 17, E: remo.berlinger@thun.ch

**Stadt Schaffhausen**

Gabriele Behring, Ratssekretärin Grosser Stadtrat Schaffhausen, Stadthaus, 8200 Schaffhausen, T: 052 632 53 14, E: gabriele.behring@stsh.ch

**Stadt St. Gallen**

Manfred Linke, Stadtschreiber, Rathaus, 9001 St. Gallen, T: 071 224 53 22, F: 071 224 57 01, E: manfred.linke@stadt.sg.ch

**Stadt Winterthur**

Marc Bernhard, Ratssekretär Grosser Gemeinderat der Stadt Winterthur, Stadtkanzlei Winterthur, Stadthaus, 8402 Winterthur, T: 052 267 51 58, F: 052 267 59 35, E: marc.bernhard@win.ch

**Stadt Zug**

Arthur Cantieni, Stadtschreiber, Stadthaus, Postfach 1258, 6301 Zug, T: 041 728 21 02, F: 041 728 23 71, E: arthur.cantieni@zug.zg.ch

**Stadt Zürich**

Andreas Ammann, Leiter Parlamentsdienste des Gemeinderates, Stadthausquai 17, Postfach, 8022 Zürich, T: 044 412 31 10, F: 044 412 31 12, E: andreas.ammann@zuerich.ch

**Vorstand SGP – Comité SSP – Comitato SSP****Präsident**

Claude Janiak, Ständerat, Binningen

**Vizepräsident**

Thomas Dähler, Leiter Parlamentsdienst, Basel

**Sekretär**

Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste des Kantonsrates, Zürich

**Kassiererin**

Fernande Melly-Fux, service parlementaire du Grand Conseil, adjointe, Sion

**Webmaster**

Fritz Brechbühl, Sekretär des Kantonsrates, Solothurn

Andreas Blaser, Grossrat BE, Steffisburg

Hansjörg Dürst, Ratsschreiber, Glarus

Edith Mertens, Leiterin Parlamentsdienst, Luzern

Maria Anna Hutter, sautière du Grand Conseil, Genève

Regula Klemmer, Ratssekretärin, Biel

Fernande Melly-Fux, service parlementaire du Grand Conseil, adjointe, Sion

Ivo Müller, Kantonsrat AR, Herisau

Olivier Rapin, Secrétaire général du Grand Conseil du Canton de Vaud

Daniel Reuter, Zürich

Rodolfo Schnyder de Wartensee, segretario del Gran Consiglio, Bellinzona

